

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.21/22 - 66. Jahrgang

15. Oktober 2016

## „Erheblicher Mehraufwand“

**Die Aufteilung des Regierungssitzes zwischen Berlin und Bonn funktioniere, bedeute aber einen „erheblichem Mehraufwand“, erklärte Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD).**

Zwischen den Sitzen der Bundesministerien in Berlin und Bonn finden zahlreiche Dienstreisen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt. Das persönliche Gespräch lasse sich auch durch technische Mittel wie Videokonferenzen kaum ersetzen, sagte Hendricks bei der Vorstellung eines aktuellen Berichts. Ende 2015 waren in Berlin 12.654 Mitarbeiter in Bundesministerien beschäftigt, in Bonn 7.030. **BS □**

## Verfassungsgericht: Bedingungen für CETA

**Das Bundesverfassungsgericht hat die vorläufige Anwendung des CETA-Abkommens am Donnerstag nicht gestoppt, aber mit klaren Vorgaben versehen. So dürfen nur Regelungen in Kraft treten, für die allein die EU zuständig ist, Auslegungen von CETA müssten demokratisch rückgekoppelt werden. Zudem müsste die Bundesregierung die vorläufige Anwendung von CETA einseitig wieder beenden können.**

Eine einstweilige Anordnung wurde nicht erlassen, weil bei Einhaltung der Vorgaben des Verfassungsgerichts keine irreversiblen Schäden eintreten würden, so das Gericht. Die Verhandlung im Hauptverfahren wird voraussichtlich im kommenden Jahr durchgeführt, der Ausgang ist offen.

Die Berliner SPD hatte sich gegen das CETA-Abkommen ausgesprochen und dies auch auf dem SPD-Parteikonvent deutlich gemacht. Sie forderte vor allem klare Regelungen für eine staatliche Daseinsvorsorge. **BS □**

**Koalitionsverhandlungen:**

## Neustart nimmt Konturen an

SPD, Linke und Grüne setzen sich gemeinsame Ziele

**Sie wollen der zunehmenden sozialen Spaltung in der Stadt den Kampf ansagen: Bei den ersten drei Treffen der Koalitionsverhandlungen haben SPD, Linke und Grüne bereits eine Reihe gemeinsamer Themen und Ziele beraten. Jetzt tagen zunächst die Facharbeitsgruppen.**

Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller sprach von einem Neuanfang. Den drei Verhandlungspartnern gehe es darum, „einen gemeinsamen Anspruch, eine gemeinsame Überschrift für die Stadt zu formulieren“, sagte Müller.

In den ersten drei Treffen wurden Themen und Zeitplan festgelegt. Ziel ist es, Mitte November die Verhandlungen abgeschlossen zu haben, damit die Ergebnisse in den Parteien beraten werden können. Dann wäre eine Wahl des Regierenden Bürgermeisters am 8. Dezember möglich.

„Rot-rot-grün will einen neuen Weg in Berlin gehen, aber auch darüber hinaus. Wir haben einen gemeinsamen Anspruch, auch bundespolitisch und international sichtbar zu sein“, so der SPD-Vorsitzende



*Koalitionsverhandlungen: Klaus Lederer, Michael Müller, Ramona Pop.*

Michael Müller. Es müsse künftig „eine Politik aus einem Guss geben, die zum Schluss zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Gemeinsamkeit in dieser Stadt führt“. Um das zu erreichen, wollen sich die drei möglichen Koalitionspartner eng in einem Koalitionsausschuss abstimmen, der nicht nur bei etwaigen Krisen zusammenkommt, sondern regelmäßig alle vier Wochen tagt.

**siehe auch S. 3 und 6**

## Schritt zu mehr Lohngerechtigkeit

SPD setzt Gesetzentwurf von Manuela Schwesig durch

**Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat sich mit ihrem Gesetzentwurf zur Lohngerechtigkeit durchgesetzt.**

Nach einem Treffen der Koalitionsspitzen erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann, dass nun vor allem Arbeitnehmerinnen in Betrieben mit mehr als 200 Mitarbeitern einen Rechtsanspruch auf Information erhalten, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden. Gehaltsunterschiede müssen dokumentiert werden. Bei Firmen mit Tarifbindung wird dieser Rechtsanspruch über den Betriebsrat formuliert, bei Betrieben ohne Tarifbindung geht er direkt an den Arbeitgeber. Unternehmen ab 500 Beschäftigten wer-

den dazu aufgefordert, mindestens alle fünf Jahre ein betriebliches Prüfverfahren zur Lohnleichheit durchzuführen. Die Be-

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,  
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER  
STIMME ERSCHEINT NACH DEN  
HERBSTFERIEN AM 12. NOVEMBER.  
IHRE REDAKTION**

richtspflicht gilt für lageberichtspflichtige Unternehmen (Kapitalgesellschaften) ab 500 Beschäftigten. Von diesem Gesetz sind laut Oppermann mehr als 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen, es sei „ein großer Schritt gegen Lohndiskriminierung“. **BS □**

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

# Gegen Folter und Todesstrafe

## Die gemeinsamen europäischen Werte verteidigen

**Das europäische Projekt ist nie nur ein wirtschaftlicher Zusammenschluss europäischer Staaten gewesen. Die Integration gründet sich vielmehr auf gemeinsame europäische Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit. Das europaweite Verbot von jeglicher Folter und der Todesstrafe ist Ausdruck dieser europäischen Wertegemeinschaft. Es ist nicht nur im deutschen Grundgesetz, sondern auch in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union fixiert.**

Dieser Grundsatz sollte jedoch nicht nur dafür gelten, wie die EU-Institutionen und die EU-Mitgliedstaaten mit ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern umgehen. Wenn europäisches Handeln Wirkung außerhalb der EU entfaltet, darf dem Ziel der Abschaffung von Folter und Todesstrafe nicht zuwider gehandelt werden. Denn auch wenn immer mehr Staaten weltweit per Gesetz oder faktisch die Todesstrafe abschaffen, verzeichnete Amnesty International für 2015 einen weiteren Anstieg von Hinrichtungen in der ganzen Welt. 2014 stellte die Organisation nach Recherchen fest, dass mehr als 82 Prozent aller Staaten Folter eingesetzt haben.

Elektroschocker, Reizgase und Medikamente, die bei Hinrichtungen verwendet werden, gelangen auch aus der EU in solche Länder, die sich noch nicht von Todesstrafe und Folter abgewandt haben. Ein nicht hinnehmbarer Zustand! Bereits 2006 hatte die Europäische Union daher eine Verordnung erlassen, die den Handel europäischer Unternehmen mit Gütern, die ausschließlich zu Folterzwecken, zur Vollstreckung der Todesstrafe oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe dienen, verhindern sollte. Da das Gesetz in der Praxis Schlupflöcher offenbarte, hat das Europäische Parlament im Oktober eine Reform der bestehenden Anti-Folter-Verordnung beschlossen, die bereits Anfang 2017 in Kraft treten wird. Unsere sozialdemokratische S&D-Fraktion konnte den ursprünglichen Kommissionsvorschlag in zentralen Punkten verbessern.

Wichtiges Element der neuen Verordnung ist ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Er soll verhindern, dass verbotene Güter aus der EU exportiert werden oder EU-Staaten für den Transit von Gütern missbraucht werden. Das Transitverbot sowie ein ausnahmsloses Werbeverbot - online und offline - für Foltergüter wurden auf In-



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin. Foto: SPD Berlin

itiative des Europäischen Parlaments in die Verordnung aufgenommen. Wenn Unternehmen Produkte exportieren, die nicht ausschließlich für Folter oder zur Vollstreckung der Todesstrafe verwendet werden, beispielsweise Schlagstöcke oder Elektroschocker, so benötigen sie dafür eine Ausfuhrgenehmigung. Zukünftig müssen sie einwandfrei nachweisen, an wen und für welchen Gebrauch die Produkte verkauft werden. Alle Exporte müssen nationalen Kontrollstellen gegen Folter gemeldet werden. Auch der Export von Dienstleistungen beispielsweise im Finanz- oder Transportbereich, die die Verbreitung von Gütern begünstigen, die zu Zwecken der Folter oder Hinrichtung genutzt werden, werden durch die neue Verordnung beschränkt.

Wichtig ist außerdem, dass die Regelung genug Flexibilität ermöglicht, um auf neue Entwicklungen und Techniken bei Foltermethoden zu reagieren. So kann die EU-Kommission zukünftig ein Produkt kurzfristig auf die Liste potentiell problematischer Exporte setzen, wenn der Verdacht besteht, dass es für Hinrichtungen oder Folter gebraucht werden könnte. Durch die Verordnung wird eine Koordinationsgruppe eingesetzt, die die Umsetzung und Anwendung der neuen Regelungen überwacht. Die nationalen Regierungen müssen ihr regelmäßig über die Entwicklungen in ihrem Land berichten.

Die Anti-Folter-Verordnung zeigt, welchen Einfluss die EU durch ihre Handelspolitik weltweit nehmen kann. Sie ist ein bedeutender globaler Akteur und kann mit ihren Partnern globale Standards setzen, die Todesstrafe und Folter den Kampf ansagen. Die EU-Kommission hat daher nun auch sogenannte Güter mit doppeltem Verwendungszweck („dual use“) in den Fo-

kus genommen. Bei diesen Gütern handelt es sich beispielsweise um Überwachungstechnik, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden kann. Es soll erreicht werden, dass solche Produkte nicht an diktatorische Regime geliefert werden können, die diese für die Überwachung und Verfolgung von Menschenrechtsaktivisten einsetzen. Ein Vorschlag der EU-Kommission für einen Gesetzestext soll in Kürze vorgelegt werden. Unsere Fraktion begrüßt diesen Schritt ausdrücklich, denn Wettbewerbsfähigkeit darf nicht alleinige Antriebskraft der europäischen Handelspolitik sein. Mit allen verfügbaren Mitteln müssen wir dafür sorgen, dass inhumane Praktiken und Menschenrechtsverletzungen weltweit ein Ende finden.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

**Konferenz:**

## Mitsprache für die Metropolen

**Vom 16. bis 18. Oktober nimmt Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller in Quito, der Hauptstadt Ecuadors, am dritten Weltsiedlungsgipfel, der HABITAT-III-Konferenz, teil.**

Zuvor war er in seiner Funktion als Aufsichtsratsmitglied von UCLG (United Cities and Local Governments) und Co-Präsident von Metropolis, dem weltweit größten Städtenetzwerk, beim Weltkongress in Bogota. Müller ist seit 2013 Sprecher des Netzwerkes gegenüber den Vereinten Nationen im Habitat-III-Prozess und Mitglied der Global Task Force, die die Interessen der Städte vertritt. Das Netzwerk macht deutlich, dass Städte an der Entwicklung und der Umsetzung der Neuen Urbanen Agenda zu beteiligen sind. **PM □**

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin  
**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin  
**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
 Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)  
**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

## Kommentar:

## Eine Grundlage für neues Vertrauen

**Solidarität gehört zu den historischen Werten der Sozialdemokratie. Und mit den Begriffen „Füreinander“ und „Zusammenhalt“ hatte die Berliner SPD ganz konkret im letzten Wahlkampf geworben.**

Damit hat die SPD die Messlatte höher gelegt als viele andere Parteien. Sie will nicht nur Wohnungen bauen, Schulen sanieren und neue Stellen im öffentlichen Dienst schaffen. Sie steht auch für einen anderen Umgang innerhalb der Gesellschaft.

Für den kann sie nur glaubwürdig werben, wenn sie ihn selbst vorlebt. Das tut sie nun gerade, nach einigen Anlaufschwierigkeiten, mit einer sehr offenen und ehrlichen Wahlanalyse, in die in dreiwöchiger interner Arbeit neben Daten, Zahlen und Analysen auch Erfahrungen und Eindrücke der WahlkämpferInnen einfließen.

Der Bericht der Arbeitsgruppe, den die SPD noch am Abend nach der Landesvorstandssitzung im Internet veröffentlicht hat, zeigt, dass es nicht eine alleinige Ursache für das dramatisch schlechte Ergebnis gab, wohl aber eine gemeinsame Verantwortung. Anders als manche erste enttäuschte Stellungnahme nach der Wahl heftet der Bericht weder einzelnen noch der Partei Negativ-Etiketten und Schuldzuweisungen an, die dann haften bleiben. Und die Thesen geben stets auch einen Ausblick, was künftig anders und besser gelöst werden könnte.

Der Landesvorstand hat mit seiner konstruktiven Diskussion gezeigt, wie solche für eine Partei nicht ganz einfachen Debatten geführt werden können: offen, ehrlich, lösungsorientiert und mit neuer Fehlerkultur. Auch eine neugeformte Koalition kann so künftig über die wesentlichen Fragen der Stadt zu Lösungen kommen.

Neben der ganz praktischen Lösung von Problemen etwa an Schulen, bei Bürgerämtern, im Wohnungsbau oder bei Verkehrsfragen können ein neuer solidarischer Politikstil und eine neue Diskussionskultur Parteien an sich, aber insbesondere auch die SPD wieder attraktiver machen. Politik, die nicht um des eigenen Vorteils gemacht wird, sondern Menschen nutzt, muss wieder erlebbar werden. Gelingt es, Solidarität vorzuleben, müsste man sich über eine AfD deutlich weniger Gedanken machen. **Ulrich Horb** □

# „Vielzahl von Faktoren“

## SPD-Arbeitsgruppe legt Wahlanalyse vor

**Es sind viele Faktoren, die am 18. September zu einem historisch schlechten Wahlergebnis für die Berliner SPD beigetragen haben. Aufgelistet sind sie im Bericht der AG Wahlanalyse, die der SPD-Landesvorstand am Abend nach der Wahl eingesetzt hatte. Am Dienstag, drei Wochen später, wurde der sechzehnteitige Bericht gut vier Stunden lang im SPD-Landesvorstand diskutiert.**

Die Wahlergebnisse zeigen deutlich eine fragmentierte Stadt, was die Erfolge der Parteien angeht. So unterschiedlich wie die Kieze abstimmten, so unterschiedlich kamen dort auch die Themen und Wahlkampfbotschaften in den Kiezen an.

Untersucht wurden von der Arbeitsgruppe die Rahmenbedingungen der Wahlkampagne, das Erscheinungsbild der Berliner SPD und des Senats, aber auch die Kampagne selbst und die Mobilisierungsfähigkeit der Partei. Das Papier soll in den kommenden Wochen weiter in der Berliner SPD diskutiert werden. Es versteht sich ausdrücklich nicht als abschließende Bewertung.

Als ein Faktor wurde in der Analyse der offen ausgetragene Streit im Senat angesprochen. Hier hätte es mehr an interner Kommunikation und an internem Krisenmanagement durch den Regierenden



Stellten die Ergebnisse der Wahlanalyse vor: Michael Müller und Mark Rackles. Foto: Horb

Bürgermeister bedurft, räumte Müller ein. Zu den Feststellungen des Berichts gehört, dass der SPD zu wenig zugetraut wurde, die Probleme der Stadt wirklich lösen zu können, auch in Bereichen, wo bereits deutlich umgesteuert wurde wie beim Wohnungsbau oder dem Ausbau des öffentlichen Dienstes. Vieles dauere in der Umsetzung zu lange. Bundesthemen seien zwar relevant gewesen, aber nicht dominant, heißt es in der Analyse.

Der Bericht wird jetzt in der Partei diskutiert und ergänzt, eine Auswertung des Internetwahlkampfes fehlt noch. Aus der Debatte sollen dann konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. **uh** □

➡ Die Analyse der AG zum Download: [www.spd.berlin/wahlanalyse](http://www.spd.berlin/wahlanalyse)

# Gemeinsamer Neuanfang

## Fortsetzung von Seite 1

In den ersten drei Verhandlungsrunden sind bereits eine Reihe konkreter politischer Fragen angesprochen worden. So wollen die drei Parteien einen Vorstoß auf Bundesebene unternehmen, um das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern etwa beim Schulbau abzuschaffen. Auch die umstrittenen Freihandelsabkommen oder ein Ausbau von Bürgerbeteiligung wurden thematisiert. Zudem hatte Matthias Kollatz-Ahnen die finanziellen Rahmenbedingungen erläutert.

In der zweiten Verhandlungsrunde wurden die zu behandelnden Themen der Facharbeitsgruppen und die Zuständigkeit für Querschnittsthemen wie etwa die Integration Geflüchteter festgelegt. Ein gemeinsames Ziel müsse es sein, alle Menschen in der Stadt auf einen Veränderungsprozess mitzunehmen. Innenstadt und Außenbezirke müssten dabei gleichgewichtig behandelt werden.

Deutlich verstärken wollen die möglichen neuen Koalitionäre das Gespräch mit



Iris Spranger (m) nach der zweiten Koalitionswahlrunde am Sonnabend voriger Woche.

Foto: Marisa Strobel

den Bürgerinnen und Bürgern. Formate wie die Bezirksbesuche des Senats, die von Michael Müller eingeführt worden waren, könnten ausgebaut, neue Formate dazu kommen, so der SPD-Landesvorsitzende. Die Hauptgruppe wird sich am 24. Oktober wieder treffen. **uh** □



## Bezirke:

## Auf dem Weg zur Zählgemeinschaft

**In Neukölln und Tempelhof-Schöneberg bahnen sich rot-grüne Zählgemeinschaften für die Wahl der Bezirksbürgermeisterinnen an.**

Die Kreisdelegierten der Neuköllner SPD sollen am Freitagabend (nach Redaktionschluss) über die Zählgemeinschaftvereinbarung beraten. Die SPD-Kreisvorsitzende und Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey: „Es kommt jetzt darauf an, eine Zählgemeinschaft zu bilden, die die Arbeit an einem sozial gerechten und lebenswerten Bezirk konstruktiv fortsetzen kann. Mit den Grünen sehen wir die größten Schnittmengen, sozialdemokratische Politik in Neukölln umzusetzen und die begonnenen Projekte in den Bereichen Bildung, Integration, Wohnen, soziale Stadtentwicklung, Arbeit und Wirtschaft nachhaltig zu weiteren Erfolgen zu bringen.“

Auch in Tempelhof-Schöneberg bewertete die SPD-Kreisvorsitzende Dilek Kolat die Sondierungen positiv: „Bei den Verhandlungen kommt es nun darauf an, einen gemeinsamen Weg zu verabreden, wie wir bezahlbares Wohnen, gutes Arbeiten und erfolgreiches Wirtschaften, vielfältiges und friedliches Zusammenleben, eine leistungsfähige Verwaltung und gute Bildung gestalten.“ **BS □**

## Trauer um Barbara Kisseler

**Im Alter von 67 Jahren ist am 7. Oktober die langjährige Berliner Staatssekretärin Barbara Kisseler verstorben.**

Barbara Kisseler war von 2003 bis 2006 Staatssekretärin für Kultur in Berlin und leitete anschließend bis 2011 die Berliner Senatskanzlei. Zuletzt war Kisseler Hamburger Kultursenatorin. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller würdigte sie als „eine engagierte und versierte Kulturpolitikerin und herausragende Verwaltungsfachfrau“. Müller: „Berlin trauert um eine außergewöhnliche und sympathische Persönlichkeit mit bemerkenswerter Ausstrahlung.“ Sie habe in ihrer Arbeit als Kulturstaatssekretärin in Berlin wichtige Beiträge zur Kulturpolitik der Stadt geleistet und als Chefin der Senatskanzlei zentrale Aufgaben in der Steuerung der Senatspolitik in einer entscheidenden Phase der Entwicklung unserer Stadt „vorbildlich, klug und vorausschauend“ erfüllt. Michael Müller: „Ihre Arbeit hat großen Anteil daran, Berlin zur europäischen Kulturmetropole zu entwickeln und in der schwierigen Phase der Konsolidierung die Grundlagen für den heutigen Erfolg unserer wachsenden Stadt zu legen.“ **BS □**

## Wirtschaft:

## Was bleibt von Kaiser's?

Dilek Kolat: „Die Beschäftigten in den Mittelpunkt stellen“

**Erst am 17. Oktober wird Klarheit herrschen, wie es mit der angeschlagenen Supermarktkette Kaiser's Tengelmann weitergeht, die von Edeka übernommen werden sollte. Dann sollen Details der Einigung mitgeteilt werden, zu denen offenbar Ausgleichszahlungen an Konkurrenten und die Abtretung von Filialen gehören.**

Kurz vor Ablauf eines Ultimatums zur Zerschlagung der Lebensmittelkette Kaiser's-Tengelmann hatten sich der Eigentümer, Übernahmeinteressent Edeka und die dagegen klagenden Ketten Rewe, Norma, der Handelsverbund Markant sowie die Gewerkschaft in der vergangenen Woche geeinigt, die Ministererlaubnis zur Übernahme der Kaiser's-Märkte durch Edeka umzusetzen. Damit besteht für die Beschäftigten wieder Hoffnung.

Anlässlich der Betriebsversammlung der Berliner Beschäftigten von Kaisers Tengelmann hatte Berlins Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat an die Eigentümer der Supermarktkette, aber auch an deren Mitbewerber appelliert, die Arbeitsplätze bei Kaiser's zu erhalten und ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden.

Kolat: „Es kann nicht sein, dass wirt-



Kaiser's-Filiale am Nollendorfplatz. Foto: Horb

schaftliche Einzelinteressen und juristische Streitigkeiten auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Denn es waren und sind die vielen engagierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Laden bei Kaiser's überhaupt am Laufen gehalten haben. Die Beschäftigten müssen jetzt im Mittelpunkt stehen, und die Verantwortlichen müssen alles tun, um deren Arbeitsplätze zu sichern.“

Der Eigentümer von Kaisers Tengelmann hatte die Supermarktkette vor zwei Jahren an Edeka verkauft, das Kartellamt hatte den Verkauf aber untersagt. Eine Erlaubnis des Bundeswirtschaftsministers war vor Gericht angefochten worden. **BS □**

## Von Beruf Halbtagsmaurer

DGB zum Welttag für menschenwürdige Arbeit

**„Ausbeutung und schlechte Arbeitsbedingungen sind auch in Berlin und Brandenburg ein Problem“, erklärte Doro Zinke, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin-Brandenburg, zum Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober.**

Probleme häufen sich vor allem in der Baubranche, in der Gastronomie, Gebäudereinigung und Pflege. Aus Brandenburg seien den Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Beratungsstellen auch Fälle von Arbeitsausbeutung in der Landwirtschaft bekannt.

Die zeitlichen und personellen Ressourcen der Ermittlungsbehörden reichen nach Einschätzung des DGB oft nicht aus, Verstöße gegen arbeitsrechtliche Standards wie den Mindestlohn und Fälle von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung wirksam zu verfolgen. „Arbeitsrechte, die nicht durchgesetzt werden, helfen den Menschen nicht“, sagte Zinke. Auch bei den Gewerbebeanmeldungen müsse nach Auffassung des Gewerkschaftsbundes systematisch auf unfreiwillige Scheinselbständig-

keit geachtet werden, wie sie auf dem Bau häufig vorkommt.

„Angebliche Halbtagsmaurer, die den halben Lohn ohne soziale Absicherung und Vertrag bekommen, Pflegerinnen in Privathaushalten, die rund um die Uhr im Einsatz sind, Lohnbetrug und ‚Arbeit auf Abruf‘ - vor unserer Haustür gibt es viele Beispiele für Arbeitsbedingungen, die unwürdig sind“, erklärte die DGB-Bezirksvorsitzende.

Verstöße gegen Gesetze, Tarifverträge und Arbeitsverträge müssten Beschäftigte nicht hinnehmen, rät Doro Zinke. „Gewerkschaftsmitglieder können sich bei ihrer Gewerkschaft beraten lassen und bekommen kostenlosen Rechtsschutz. Verstöße gegen Gesetze kann man auch Behörden wie etwa dem Zoll für das Thema Mindestlohn melden“, sagte Zinke.

Gerade für Migrantinnen und Migranten, die oft schlechte Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt machen, sei auch die Arbeit kompetenter Beratungsstellen mit muttersprachlichen Angeboten wichtig, die dauerhaft finanziert werden müsse.

**PM □**

# Gute Nachbarschaft organisieren

## Ephraim Gothe über Anforderungen an eine Wohnraumversorgung für Geflüchtete

**12.000 Flüchtlinge registrierte das Land Berlin im Jahr 2014. Der Politik wie der Wohnungswirtschaft wurde klar, dass neben dem Zuzug aus Deutschland und Europa der Strom der Flüchtlinge den Bedarf an Wohnraum in Berlin nochmals beträchtlich erhöhen würde. Politisch unstrittig war von vornherein, dass für alle Flüchtlinge mit Bleibeperspektive neben der Integration in den Arbeitsmarkt und in unser Bildungssystem die Integration in den normalen Wohnungsmarkt das Ziel sein muss.**

Zunächst reagierte der Senat neben der Akquise von Bestandsgebäuden mit dem Bau von 6 mehrgeschossigen Containerdörfern mit einer Kapazität von 2400 Plätzen, um eine rasche Lösung für eine erste Unterbringung zu leisten.

Dann kam das Jahr 2015. Die von Woche zu Woche steigenden Ankunftszahlen neuer Flüchtlinge stellten die Verwaltung wie die Zivilgesellschaft vor dramatische Herausforderungen. Im Oktober beschlossen Senat und Abgeordnetenhaus den Bau von 60 Modulare Unterküpfen für Flüchtlinge - kurz MUF's - mit einer Kapazität von 24.000 Plätzen auf öffentlichen Grundstücken. Errichten sollen diese 60 Unterküpfen drei Partner - der staatliche Hochbau in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, die sechs Städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die landeseigene Immobiliengesellschaft berlinovo.

Im November konnte die Schaffung provisorischer Notunterkünfte mit den bis zu 700 Ankommenden täglich nicht mehr Schritt halten, so dass auch die Hangars von Tempelhof und 60 Berliner Turnhallen über Nacht zur Unterbringung hergerichtet werden mussten. In der Summe aller Tagesankünfte kamen 2015 79.000 Flüchtlinge in Berlin an, nach dem bundesweit geregelten EASY-Verteilssystem muss Berlin 55.000 Flüchtlinge unterbringen und betreuen, mehr als jede andere Stadt in Europa.

Noch im Dezember 2015 wurde deutlich, dass die neuen Unterküpfen frühestens im Laufe des Jahres 2017 bezugsfertig werden, weshalb ein weiterer Baustein zur Unterbringung beschlossen wurde: An bis zu 30 Standorten werden in 2016 eingeschossige Containerdörfer - sogenannte Tempohomes - mit bis zu 15.000 Plätzen geschaffen, in die mit erster Priorität die Flüchtlinge aus den Turnhallen einziehen sollen.

In Atem hielt die Stadt nicht nur die Frage, wie für diese Menschen Unterküpfen geschaffen werden könnten, sondern auch,



*Ephraim Gothe leitete von September 2015 bis Juli 2016 die AG Versorgung mit Wohnraum im Landesweiten Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement (LKF). Foto: Horb*

wie es mit dem Zustrom in 2016 weiterginge. Eine Frage, die bis zum heutigen Tag nicht belastbar beantwortet werden kann. Damit die Verwaltung überhaupt planen kann, legte der Senat im Oktober 2015 eine Schätzung fest, wonach in 2016 und 2017 nochmals mit je 50.000 neuen Flüchtlingen zu rechnen sei.

Diese Schätzung wurde erst mit Senatsbeschluss vom 7. Juni 2016 revidiert: Für 2016 und 2017 wird nun mit je 24.000 neuen Flüchtlingen gerechnet, in den Jahren danach mit jährlich 12.500. Allerdings liegen dieser Kalkulation keine Annahmen für Familiennachzug und für Wanderungsbewegungen innerhalb der Bundesrepublik und eine recht hohe „Rückführungsquote“ zugrunde. Im gleichen Senatsbeschluss wird außerdem geschätzt, dass Ende 2016 bereits 20.000 Flüchtlinge mit positivem Bescheid zum Asylantrag in den Rechtskreis des SGB II übergehen. Für diese sogenannten „Statusgewandelten“ steht die Vermittlung in Berliner Wohnungen an. Die Zahl der Statusgewandelten steigt nach Schätzung des Senatsbeschlusses bis Ende 2017 auf 40.000 Menschen an.

Spätestens mit diesem Beschluss ist klar, dass nicht mehr die Schaffung von weiteren Unterküpfen im Fokus steht, sondern die Schaffung von neuen Wohnungen. Im gleichen Beschluss wurde deshalb festgelegt, dass die neuen Unterküpfen der Wohnungsbaugesellschaften und der berlinovo in Form von Wohngebäuden beziehungsweise Apartmenthäusern geplant und gebaut werden. Sie können in einer Phase 1 als Flüchtlingsunterkünfte genehmigt und

betrieben und dann in einer Phase 2 als normale Wohngebäude und als Studentenapartments weiter genutzt werden.

Im Sommer 2016 stellt sich der Neubau für Unterbringung und Wohnen wie folgt dar:

- maximal 30 „Tempohomes“ mit einer Kapazität von bis zu 15.000 Plätzen, Fertigstellung in 2016

- 10 senatseigene Modulare Unterküpfen mit einer Kapazität von 4.500 Plätzen, Fertigstellung in 2017

- 12 Wohngebäude der 6 Städtischen Wohnungsbaugesellschaften mit einer Kapazität von etwa 5.000 Plätzen, Fertigstellung in 2017

- bis zu 27 Apartmentgebäude der berlinovo mit bis zu 13.500 Plätzen, Fertigstellung in 2017, 18 und 19.

Daneben steht die Schaffung weiterer Unterküpfen in Bestandsgebäuden, oftmals verbunden mit einer Spezialisierung auf besondere Gruppen wie alleinreisende Minderjährige, Familien, schwangere Frauen oder traumatisierte und andere vulnerable Personen mit besonderem Schutzbedarf. Beispielhaft hierfür steht der Umbau des Rathauses von Friedenau für schwangere oder alleinreisende Frauen.

In die Zukunft blickend stehen für das Handlungsfeld Unterbringung und Wohnen drei Aufgaben an:

- Das im August in Betrieb gegangene neue Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) muss mit den Wohnungsbaugesellschaften und der berlinovo noch ein kluges Belegungsmanagement entwickeln, um beim Übergang der neuen Gebäude in die Wohnnutzung eine gemischte Bewohnerschaft und eine „gute Nachbarschaft“ zu erzeugen.

- Die Vermittlungswege von Flüchtlingshaushalten in den Wohnungsbestand müssen vielfältig gestaltet, die Kooperation mit Initiativen zur Wohnraumsuche wie mit der professionellen Wohnungsvermittlung müssen aktiv gesucht werden. Die eigene Wohnung ist nicht nur eine wichtige Etappe auf dem Weg in die Integration, die Wohnung kostet auch nur halb so viel wie die Unterbringung in einer betreuten Unterkunft.

- Die mühselige Suche nach landeseigenen Grundstücken zur Errichtung neuer Unterküpfen wirft nicht nur einen Schatten auf die Liegenschaftspolitik der letzten zehn Jahre, sie zeigt, dass Berlin den Schritt in ein strategisches Grundstücksmanagement machen muss, das den Ankauf von Flächen für zukünftige öffentliche Funktionen mit einschließt.

**Ephraim Gothe** □



**Koalitionsverhandlungen:****Die Verhandlungsgruppe der Berliner SPD**

Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Linke und Grünen/B'90 haben am 6. Oktober begonnen. Nach dem vorläufigen Zeitplan wollen die drei Parteien Mitte November ein Ergebnis vorliegen haben, das in den Parteien diskutiert werden kann. Nach diesem Zeitplan wäre eine Wahl des Regierenden Bürgermeisters im Abgeordnetenhaus am 8. Dezember möglich.

**DIE HAUPTGRUPPE**

Für die SPD verhandeln in der Hauptgruppe der Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller, der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands Andreas Geisel, Barbara Loth, Mark Rackles, Iris Spranger, die Landeskassiererin Angelika Schöttler sowie die Berliner Bundestagsabgeordnete Eva Högl. Als ständiger Teilnehmer nimmt Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen an den Verhandlungen teil.

**DIE FACHGRUPPEN**

Die drei verhandlungsführenden Parteien haben sich auf 13 Fachverhandlungsgruppen geeinigt, die nun ihre Arbeit aufnehmen, für einige Gruppen wurden auch Untergruppen vereinbart. Hinzu kommt als 14. Thema der Komplex "Gutes Regieren", der in der Hauptgruppe mitverhandelt wird. Die Gruppen und ihre LeiterInnen sind:

- 1) Haushalt und Finanzen:**  
Iris Spranger
- 2) Öffentliche Sicherheit und Bürgerrechte:** Florian Dörstelmann
- 3) Arbeit und Soziales:**  
Dilek Kolat
- 4) Gesundheit:**  
Boris Velter
- 5) Bauen, Wohnen und Mieten:**  
Volker Härtig
- 6) Verkehr und Mobilität:**  
Sybille Uken
- 7) Umwelt, Klimaschutz und Energie:**  
Heike Stock
- 8) Bildung, Jugend und Wissenschaft:**  
Mark Rackles
- 9) Frauen und Emanzipation:**  
Eva Högl
- 10) Innovative Wirtschaft:**  
Angelika Schöttler
- 11) Kultur, Medien und Netzpolitik:**  
Michael Müller
- 12) Integration und Flüchtlingspolitik:**  
Barbara Loth
- 13) Personal und Verwaltung:**  
Matthias Kollatz-Ahnen

# Das Gedenken bewahren

## Stolpersteinverlegung für Georg Obst

Zur Stolpersteinverlegung für Georg Obst (siehe BS 19-2016) am 23. September waren der 83-jährige Sohn Bernd Obst mit seiner Frau Pauline Tomkötter extra aus Münster/Westfalen angereist, mit ihnen auch der Münsteraner SPD-Bundestagsabgeordnete **Christoph Strässer**.

Außerdem waren vor Ort die neu gewählten Abgeordneten Derya Caglar und Karin Korte, der Neuköllner Stadtrat für Bildung, Schule, Kultur und Sport, Jan-Christopher Rämer, Bezirksverordnetenvorsteher Jürgen Koglin, die Bezirksverordneten Jörg Stempel und Wolfgang Hecht sowie der Politikwissenschaftler und Historiker Dr. Hans-Rainer Sandvoß.

Unmittelbar nach der Stolpersteinverlegung würdigte Achim Berger als Vertreter der Initiative den politischen Widerstand von Georg Obst. Die weiteren Redner, Jan-Christopher Rämer und Christoph Strässer betonten die Bedeutung der Erinnerungskultur, auch für die aktuellen politischen Auseinandersetzungen gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Georg Obst bedankte sich und war überrascht, dass sich nach so langer Zeit jemand an seinen Vater erinnert habe. Er selbst war



Stolpersteinverlegung zu Ehren von Georg Obst: Bildhauer Gunter Demnig bei der Arbeit.

Foto:

erstmalig an dem Ort seiner ersten Lebensmonate. Er habe über seinen Vater in diesen Tagen mehr erfahren als in der gesamten Zeit vorher. Musikalisch begleitet wurde das Gedenken von Isabel Neuenfeld mit Akkordeon und Gesang.

Die Ehrung wurde am Abend mit einer Veranstaltung über den sozialdemokratischen Widerstand in Britz und Berlin fortgesetzt. Die zahlreichen Gäste diskutierten mit dem Bildungsreferenten des August-Bebel-Instituts, Reinhard Wenzel.

**Wolfgang Hecht** □

## NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Der Vorstand des **Fachausschusses Internationales** ist Anfang Oktober neu gewählt worden. Vorsitzender ist erneut Karl-Heinz Niedermeyer, stellvertretende Vorsitzende sind Andrea Despot, Daniel Krahl und Peter Lehrmann, Schriftführerin ist Claudia Schmidt.

Die SPD und die **Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der SPD“** laden am Dienstag, dem 18. Oktober, zur Veranstaltung „Bundesteilhabegesetz: Schritte zu einer inklusiven Gesellschaft“ mit der Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles und der SPD-Generalsekretärin Katarina Barley ein. Eine der großen sozialpolitischen Reformen dieser Legislaturperiode, das von Andrea Nahles auf den Weg gebrachte Bundesteilhabegesetz, befindet sich in der entscheidenden Phase der parlamentarischen Beratung. Die SPD setzt mit dem Bundesteilhabegesetz ihren Weg hin zur Beseitigung von Behinderungen und zur selbstbestimmten Teilhabe aller Menschen konsequent fort.

Auf dieser Veranstaltung sollen die Schritte, die das Bundesteilhabegesetz hin zu mehr Teilhabe und Selbstbestimmung

macht, diskutiert und zugleich die weiteren Wege hin zu einer inklusiven Gesellschaft in den Blick genommen werden. Das Bundesteilhabegesetz ist ein Meilenstein auf dem Weg von der Fürsorge zur Teilhabe.

➡ Dienstag, 18. Oktober 2016, von 12:00 bis 14:00 Uhr, im Atrium des Willy-Brandt-Hauses, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

Christian Haß (SPD) ist als **Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Spandauer BVV** wiedergewählt worden. Stellvertreter sind die bisherige stellvertretende BVV-Vorsteherin Gaby Schiller, Uwe Ziesak und Martina Kustin, die neu in der BVV ist.

Auf ihrer konstituierenden Sitzung hat die **SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg** von Berlin am 10.10.2016 mit großer Mehrheit Kevin Hönicke zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der 32-jährige gelernte Kfz-Mechaniker und angestellter Lehrer übernimmt die Nachfolge von Dr. Erik Gührs. Als stellvertretende Vorsitzende wurden die 69-jährige Rentnerin Jutta Feige, der 35-jährige Referent Henning Fahrenberg und die 39-jährige Assistentin der Geschäftsleitung Sandy Kliemann gewählt. **BS** □

# Die fragmentierte Stadt

## Die Berliner Wahlen aus Sicht der Stadtforschung - Beginn einer Debatte

**Kurz nach den Wahlen trafen sich einige Stadtforscher\*innen im August Bebel Institut, um jenseits der üblichen Kampagnenkritiken und politikwissenschaftlichen Wählerwanderungsanalysen Folgerungen aus der Wahl zu ziehen.**

„Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt?“ Mit dieser Frage beschrieben im Jahr 2002 die Stadtforscher Hartmut Häussermann und Andreas Kapphan die Entwicklung des sozialen und ökonomischen Wandels seit der Wiedervereinigung. Sie beschrieben Konturen einer post-modernen Stadt und prognostizierten eine soziale Spaltung, die sich zunehmend sozial-räumlich abbildet. Insbesondere die De-regulierung der Wohnungsmärkte führte zu einer Auflösung der viel gerühmten „Berliner Mischung“ und „Gentrification“ wurde zu einem Hauptgegenstand der Stadtforschung. 15 Jahre nach diesen Analysen scheint sich die Lage verschärft zu haben:

Die Berliner Wahlen zeigen eine sozial-räumlich fragmentierte Stadt mit einem im Bezug auf die Parteienbindungen fragilem Muster. Neben hohen Wahlergebnissen für die rechtspopulistische AfD bei gleichzeitiger Mehrheit von SPD, Linken und Grünen werden die immer noch deutlichen Ost-West-Unterschiede im Wählerzuspruch der einzelnen Parteien von einer zentrifugalen Schichtung des Wahlverhaltens sozial-räumlich überlagert. Bezogen auf Mehrheitsverhältnisse heißt das: Grünes Zentrum, rot-roter Innenstadtring, schwarz-blaue Ränder. In den Innenstadtlagen dominieren Wahlbezirke mit einer grünen Mehrheit, in den überwiegend dicht bebauten Gebieten außerhalb des S-Bahnringes konnten SPD (westlicher Innenstadtrand) und Linke (östlicher Innenstadtrand) die meisten Stimmbezirke gewinnen. Die meisten Stadtrandlagen gingen (mit Ausnahme von Spandau) an die CDU (im Westen) und die AfD (im Osten). Diese räumliche Polarisierung verweist auf eine Ausdifferenzierung von Wahlpräferenzen, die nicht ausschließlich über lokale Besonderheiten erklärt werden kann.

Das fragmentierte Wahlergebnis zeigt, dass es in den Quartieren unserer Stadt nicht einmal gemeinsam geteilte Streitthemen gibt. Während beispielsweise in einigen Teilen der Stadt mehrheitlich mit rassistischen Parolen und der Produktion eines „postfaktischen Unzufriedenheitsgefühls“ errungen wurden, sind in anderen Gebieten klare Statements gegen die „Gentrification“ und Wohnungsfrage gefragt.

Erklärungsbedürftig ist auch die deutli-



Der Autor Ingo Siebert ist Geschäftsführer des August Bebel Instituts.

### An der Debatte beteiligt:

**Dr. Andrej Holm**, HU-Berlin

**Prof. Dr. Martin Kronauer**, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

**Dr. Janet Merkel**, City, University of London

**Prof. Dr. Jens Wurtzbacher**, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB)

che Abweichung der Wahlergebnisse unter den Zugezogenen. Die über 120.000 Wähler\*innen, die nach einem Zuzug erstmals ihre Stimme bei einer Wahl zum Abgeordnetenhaus abgeben konnten, wählten - anders als die Mehrheit der Wahlberechtigten - häufiger Linke und FDP.

Der latente Bindungsverlust des gesamten Parteiensystems in der fragmentierten Stadtgesellschaft wiederum zeigt sich auch in der starken Gruppe der Nichtwähler\*innen. In nur 75 Stimmbezirken (11,8%) erhielten einzelne Parteien mehr Stimmen als die Nichtwähler\*innen.

Und dass mit eindimensionalen Themensetzungen („Tegel bleibt“) kleinteilige Wahlerfolge erzielt werden können, zeigt nicht zuletzt, dass der Stadtgesellschaft übergreifende Narrative verloren gegangen sind.

Ost-West, Innen-Außen, Alteingesessenen und Zugezogenen, die Wahlergebnisse der Stadt sind auch von einer ganzen Reihe an Spaltungen geprägt, die nicht aus den üblichen sozio-demographischen Annahmen der Wahlforschung erklärt werden können, sondern auf spezifische Problemlagen in der Stadtgesellschaft selbst verweisen.

Dabei sind die Antworten auf viele Fragen noch offen. Sicher ist, dass wir in einer

von vielfältigen und sich überlagernden Einstellungen und Interessenlagen geprägten Stadt an einer Agenda arbeiten müssen, die sich des sozial-räumlichen fragmentierten Musters der Stadt bewusst ist. Hier stehen wir am Anfang einer Debatte um eine neue „Soziale Agenda“. Mindestens zwei Ebenen sollten im Mittelpunkt unserer Diskussion stehen:

**1. „Gutes Regieren“** im Sinne von funktionierenden und für alle zugänglichen öffentlichen Gütern wie z.B. Versorgung mit Arbeit, günstigem Wohnraum, Energie, Schulen/Kita, Sicherheit, Zugang zur Kultur etc., ist ganz sicher einer der zentralen Schlüssel einer solchen Agenda. Es zeigt sich: Der Verlust an Institutionenvertrauen wurde durch die bisherigen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge beispielsweise bei der Wohnungsversorgung, Aufstockung des Personals im öffentlichen Dienst, Schulsanierungen etc. nicht aufgehalten. Maßnahmen scheinen in der Wahrnehmung vieler zu langsam zu wirken und die mediale Verstärkung des Gefühls, die Stadt würde nicht funktionieren, begünstigt postfaktische Unzufriedenheitsgefühle bei bestimmten Milieus bei gleichzeitig steigender Wirtschaftskraft, sinkenden Arbeitslosenzahlen und hohen Investitionen. Dem kann nicht allein argumentativ begegnet werden. Andere Milieus fragen sich beispielsweise, welche Antworten wir auf die Fragmentierung der Arbeitsverhältnisse durch irreguläre Formen und Solo-Freischaffenden z.B. im wachsenden Bereich der Kreativwirtschaft und Kultur haben.

**2. In einem nächsten Schritt** geht es darum, den politisch ungesteuerten Polarisierungstendenzen auf unterschiedlichen Feldern Strategien einer integrativen Stadtpolitik entgegenzusetzen, die im Leitbild einer vielfältigen und auf sozialen Ausgleich bedachten Stadtgesellschaft zusammenlaufen und ein soziales Projekt zu entwickeln, das möglichst alle in der Stadt einschließt. Dabei darf es nicht allein um die Förderung junger, hoch gebildeter innenstädtischer Milieus gehen, die bereits aus eigener Kraft am wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt teilhaben und diesen repräsentieren. Wertvoll und hilfreich könnten hierfür nicht zuletzt Erfahrungen von Städten wie etwa Madrid und Barcelona sein mit links-bürgerbewegten-sozialdemokratischen Regierungen, die einen großen Wert auf eine Weiterentwicklung der „Gesprächskultur“ zwischen Stadtregierung, Zivilgesellschaft, Sozialen Bewegungen und Bürger\*innen gelegt haben.

Ingo Siebert □

Gesundheit:

# Meilensteine in der Pflegeversorgung

Mechthild Rawert: Pflegestärkungsgesetze helfen 2,63 Millionen Menschen

**In Deutschland leben über 2,63 Millionen pflegebedürftige Menschen. Ihren Bedürfnissen sowie denen ihrer Angehörigen und der Beschäftigten in der Pflege muss Rechnung getragen werden.**

Die Bundespolitik macht dieses mit der Weiterentwicklung der Sozialen Pflegeversicherung und den Pflegestärkungsgesetzen (PSG) I, II und III. Wir SozialdemokratInnen haben kontinuierlich gearbeitet, gewirkt, nachgebessert und verhandelt, damit die pflegerischen Versorgungsleistungen überall bei den Menschen ankommen. Wir stärken die notwendigen pflegerischen Infrastrukturen vor Ort.

DREI GROSSE SCHRITTE:  
PSG I, II UND III

Durch das PSG I (Inkrafttreten: 1. Januar 2015) wurden die Leistungen für Pflegebedürftige und deren Familien ausgeweitet. Zur Stärkung der häuslichen Versorgung haben wir für die häusliche Pflege deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt, den Anspruch auf Betreuungsleistungen in der ambulanten Pflege ausgeweitet und Verbesserungen für pflegende Angehörige auf den Weg gebracht. Wir haben die Personalsituation in einigen Bereichen der Pflege verbessert, indem wir klare Anreize für die Zahlung von Tariflöhnen geschaffen haben.

Das am 1. Januar 2016 in Kraft getretene PSG II ist ein Meilenstein für die Pflege. Kernelemente sind ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie ein neues Begutachtungsverfahren (NBA). Beide treten zum 1. Januar 2017 in Kraft.

Erstmals werden körperliche, psychische und mentale Einschränkungen gleichermaßen berücksichtigt, so dass für alle ein gleichberechtigter Zugang zur Pflegeversicherung besteht. Davon profitieren insbesondere Menschen mit dementiellen Erkrankungen.

Die drei bisherigen Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade ersetzt. Ressourcenorientiert wird ermittelt, wie selbstständig eine Person ist, welche individuellen Fähigkeiten vorhanden sind. Wir stärken mit diesem Gesetz auch den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“.

Mit dem PSG III wird die Pflegeberatung für Pflegebedürftige und deren Angehörige wohnortnah verbessert. Eine Pflegeinfrastruktur muss aufgebaut werden. Das sich noch in der parlamentarischen Debatte befindliche PSG III tritt ebenfalls am 1. Januar 2017 in Kraft. Die öffentliche An-



Mechthild Rawert ist Gesundheitsexpertin der SPD-Bundestagsfraktion.

hörung findet am 17. Oktober im Bundestag statt.

## DIE ZIELE DES PSG III

**1.** Die Umsetzung der Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege.

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe entwickelte Maßnahmen zur Stärkung der pflegerischen Infrastruktur, dazu gehören nun viele SPD-Forderungen aus der letzten Legislatur: Wir stärken die kommunale Verantwortung, erweitern deren Handlungsspielräume im Bereich der Pflegeberatung und unterstützen beim Ausbau von regionalen Beratungszustützpunkten.

**2.** Die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs in das Sozialhilferecht und in das soziale Entschädigungsrecht nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Auch nach der deutlichen Verbesserung der Leistungen der Pflegeversicherung ist ein darüber hinaus gehender Bedarf an Pflege möglich. Bei finanzieller Bedürftigkeit wird dieser Anteil durch die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe sowie dem sozialen Entschädigungsrecht gedeckt.

**3.** Die Regelung der Schnittstellen zwischen Pflegeversicherung und Eingliederungshilfe

Es gibt Abgrenzungsfragen zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und den Leistungen der Pflegeversicherung. Das PSG III will hier Klarheit schaffen. Dieser Prozess ist noch nicht abge-

schlossen. Die Diskussion wird auch im Kontext der Debatten um das Bundesteilhabegesetz geführt.

**4.** Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pflege

Zur besseren Bekämpfung einzelner betrügerischer „schwarzer Schafe“ in der ambulanten Pflege führen wir ein ganzes Maßnahmenpaket mit mehr Kontrollen sowie Qualitäts- und Abrechnungsprüfungen ein.

**5.** Die Vermeidung von Leistungslücken zwischen Pflege- und Krankenversicherung

Wir ergänzen Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Krankenversicherung mit Regelungen im PSG III, damit auch Menschen mit Pflegegrad 1 bspw. einen Anspruch auf Kurzzeitpflege haben.

**6.** Eine Stärkung der Beteiligung der Selbsthilfe im Qualitätsausschuss

Ein im Rahmen des PSG II gegründeter Qualitätsausschuss entwickelt neue wissenschaftliche Verfahren zur Darstellung von Pflegequalität. Die Selbstvertretung und Selbsthilfe von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen werden in diesem Ausschuss gestärkt.

„NACH DER REFORM IST  
VOR DER REFORM“

Mit den Pflegestärkungsgesetzen I bis III gestalten wir die Soziale Pflegeversicherung neu und machen diese zukunftsfester. Doch stehen noch weitere Herausforderungen an, u.a. eine Professionalisierung der Gesundheits- und Pflegeberufe. Hier findet derzeit eine Blockade unter anderem seitens weiter Teile der CDU/CSU statt.

Noch gebe ich die Hoffnung nicht auf: Ich kämpfe auf Bundesebene weiter für das Pflegeberufereformgesetz und die damit verbundene Einführung der generalistischen Pflegeausbildung. Für eine gute Versorgung brauchen sowohl die Beschäftigten als auch vor allem die PatientInnen und Pflegebedürftigen diesen Beitrag zu einer bedarfsgerechten, qualitativ hochwertigen Pflege (-bildung) zwingend. Auch auf Landesebene ist noch vieles zu tun, u.a. die Einführung einer Pflegekammer. Auch dafür kämpfe ich - auch während der aktuellen Koalitionsverhandlungen.

**Mechthild Rawert** □

➡ Informationen zu den Pflegestärkungsgesetzen auf der Internetseite des Bundesgesundheitsministeriums: <http://www.bmg.bund.de/themen/pflege/pflegestaerkungsgesetze.html>



# „Beherzt vorangehen“

## Debatte zur europäischen Finanztransaktionssteuer

**Den aktuellen Stand der Verhandlungen zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer bewerten Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Cansel Kiziltepe, Berichterstatterin für die Finanztransaktionssteuer der SPD-Bundestagsfraktion.**

Vor acht Jahren, im Oktober 2008 gaben Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damalige Finanzminister Peer Steinbrück das Versprechen ab, die Bankeinlagen seien sicher und diejenigen, die für die Finanzkrise verantwortlich seien, würden zur Rechenschaft gezogen. Eine Konsequenz aus den Krisen seit 2007, ist die Verabredung zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Heute, im September 2016 ist die Einführung einer solchen Steuer immer noch nicht gelungen.

Die Finanztransaktionssteuer soll unerwünschte Spekulationsgeschäfte unattraktiver machen und den Finanzsektor stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Ihre Einführung würde somit die von einem aufgeblähten Finanzsektor ausgehenden Risiken mindern und für eine gerechtere Verteilung der Steuerbelastung sorgen. Sie wäre eine direkte, wenn auch späte, Antwort der Politik auf die Exzesse der Finanzwirtschaft in der Vergangenheit - für die bis dato die Allgemeinheit aufkommen muss.

Eine globale Steuer ist ebenso wie eine EU-weite Steuer gescheitert. Seit 2011 verhandeln zehn Staaten, darunter Deutschland, Frankreich und Italien, über die Einführung der Finanztransaktionssteuer im Wege der verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Die Koalitionsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag 2013 auf die Einführung einer solchen Steuer festgelegt. Bundesfinanzminister, Wolfgang Schäuble, hat sich jedoch auf der jüngsten Ratstagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union in Bratislava skeptisch über die Finanztransaktionssteuer geäußert. Sie funktioniere nicht, wenn man sie nicht global mache. Er möchte nunmehr auf globaler Ebene, etwa im Rahmen der G20 oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für die Steuer werben. Mit dieser politischen Kehrtwende wird er auf globaler Ebene nichts erreichen. Er gefährdet damit aber den Erfolg der Verhandlungen auf europäischer Ebene.

Die Verhandlungen über die Einführung der Finanztransaktionssteuer zwischen den zehn europäischen EU-Mitgliedstaaten haben sich von Anfang an als schwie-



*Bestandsaufnahme zur Transaktionssteuer: Cansel Kiziltepe und Lothar Binding. Fotos: SPD Berlin / spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke)*

rig erwiesen und ziehen sich hin. Dem österreichischen Finanzminister, Hans Jörg Schelling, ist es Ende letzten Jahres gelungen, einen Kompromiss über die Kernelemente der Steuer zwischen sieben der Staaten zu vermitteln. In einem ersten Schritt sollen der Handel mit Aktien aus den beteiligten Staaten und den meisten Derivaten besteuert werden. In einem zweiten Schritt sollen dann sämtliche Aktien und Derivate in die Besteuerung einbezogen werden. Bedenken gegen diesen Kompromiss machen Belgien, Slowenien und die Slowakei geltend. Sie beziehen sich vor allem auf die Kosten der Erhebung der Steuer und auf die Auswirkungen einer Derivatebesteuerung auf die Staatsfinanzierung. Gegenwärtig beschäftigen sich Arbeitsgruppen mit diesen Fragen und werden bis Oktober ihre Ergebnisse vorlegen.

Die sich abzeichnende Kompromisslinie bleibt weit hinter der Idealvorstellung einer Finanztransaktionssteuer zurück, die möglichst sämtliche Finanztransaktionen einschließlich sämtlicher Anleihen umfassen sollte. Die Einführung einer solchen Steuer in den zehn europäischen Staaten wäre jedoch ein wichtiger Fortschritt mit dem gezeigt werden könnte, dass eine Besteuerung des Finanzsektors möglich wäre und kaum spürbare Auswirkungen auf die Finanzmärkte hätte. Ausweichreaktionen infolge der Steuererhebung, die vor allem bei Transaktionen mit Derivaten drohen, werden durch das sogenannte Ansässigkeitsprinzip eingedämmt, auf das sich die beteiligten Staaten bereits im Mai 2015 verständigt haben. Dieses Prinzip bedeutet, dass Derivatetransaktionen besteuert wird, sobald sich mindestens einer der Vertragspartner im Raum der verstärkten Zusammenarbeit befindet. Im Übrigen zeigen die in verschiedenen europäischen Staaten bestehenden nationalen Finanztransaktionssteuern, dass die Verlage-

rungseffekte sehr überschaubar sind. Die in Frankreich und Italien eingeführten Finanztransaktionssteuern auf Aktien dieser Länder und bestimmte Derivate haben zu keinen nennenswerten Verlagerungen geführt. Die Erfahrungen aus diesen Ländern belegen auch, dass die Steuer mit geringem Kostenaufwand erhoben werden kann.

Eine Finanztransaktionssteuer mit einem niedrigen Steuersatz hat auf den Handel mit Wertpapieren und Derivate-transaktionen einen ökonomisch vernachlässigbaren Effekt. Was bei Steuersätzen im Bereich von 0,01 Prozent bis 0,1 Prozent auch nachvollziehbar ist. Die Realwirtschaft und die Alterssicherung sind von einer solchen Besteuerung nur unmerklich betroffen. Dies belegt u.a. die Auswirkungsstudie, die die Europäische Kommission bei der Vorlage ihres Richtlinienvorschlages für die Finanztransaktionssteuer vorlegte. Auswirkungen sind hingegen auf Finanztransaktionen zu erwarten, die mit hoher Frequenz und minimalem Ertrag durchgeführt werden, etwa dem Hochfrequenzhandel. Die unverantwortlichen Zockereien der Finanzwirtschaft würden damit teurer und in Teilen unattraktiv gemacht. Eine Reduzierung solcher realwirtschaftlich unsinnigen Transaktionen ist allerdings auch beabsichtigt und würde zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen.

Im Interesse einer gerechteren Besteuerung und einer Eindämmung unerwünschter Transaktionen setzen wir uns für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer durch die zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein. Nach der jüngsten Schätzung der Europäischen Kommission würde eine dem aktuellen Verhandlungsstand entsprechende Finanztransaktionssteuer im ersten Schritt zu Einnahmen von knapp 20 Mrd. Euro pro Jahr führen. Im zweiten Schritt würden die Einnahmen weiter auf 22 Mrd. Euro steigen. Statt für ein derzeit aussichtsloses Werben auf Ebene der G20 sprechen wir uns für eine Konzentration auf die europäischen Verhandlungen aus. Die bisherige Haltung des Bundesfinanzministers ist in diesem Zusammenhang unbefriedigend. Es reicht nicht aus, für alle erdenklichen Lösungsmöglichkeiten offen zu sein, sondern er muss in entscheidenden Phasen des Verhandlungsprozesses das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Nicht zu Unrecht sagt der Volksmund, wer für alles offen sei, der könne nicht ganz dicht sein. Erforderlich ist die Entwicklung von Kompromissvorschlägen, die den Weg zu einer endgültigen Einigung ebnen. Die verbliebenen Bedenken verschiedener Staaten ließen sich durch ein beherztes Vorangehen Deutschlands am Besten entkräften.

**Lothar Binding / Cansel Kiziltepe** □

Arbeit:

# Soziale Netze verändern die Arbeitswelt

## Hans-Böckler-Stiftung: „Digitale Spaltung“ der Belegschaft verhindern

**Unternehmen haben soziale Netzwerke für sich entdeckt - und laden den Beschäftigten damit oft eine zusätzliche Belastung auf, zeigt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie. Betriebsräte sollten eingreifen.**

Auswertungen der Stiftung zeigen, dass insbesondere der Datenschutz mittlerweile ein absoluter Schwerpunkt bei neuen Betriebsvereinbarungen zwischen Arbeitnehmervertretung und Management ist. Die Gewerkschaften nehmen sich dieser Themas stärker an, so lädt die Hans-Böckler Stiftung in Kooperation mit der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) am 17. und 18. Oktober zu einem Digitalisierungskongress in Berlin.

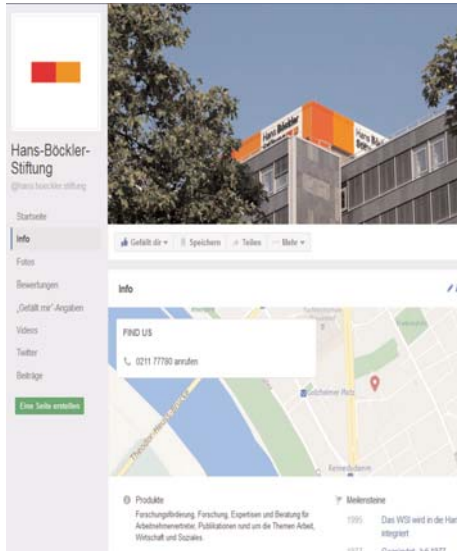
„EIN BISSCHEN WIE FACEBOOK SEIN“

Ein bisschen wie Facebook sein - das wünschen sich manche Chefs für ihre Firma. Sie wollen das Prinzip des sozialen Netzwerks auf die Kommunikation innerhalb des Unternehmens übertragen. Die Idee: Mitarbeiter sollen über eine gemeinsame Plattform einfacher in Kontakt kommen, Ideen austauschen, Wissen teilen, Projekte bearbeiten - nicht nur mit Kollegen in Nachbarbüros, sondern weltweit. Auch über Privates oder das Kantinenessen darf geplaudert werden. Einige deutsche Konzerne haben bereits firmeneigene Netze eingerichtet, beispielsweise die Siemens Blogosphere, das Telekom Social Network, Connect.BASF oder ConNext von Continental.

ONLINEBEFRAGUNG ALS GRUNDLAGE

Bei der Einführung solcher Netzwerke stehen betriebswirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund. Vernachlässigt wird dagegen häufig die Frage, was die sogenannte „Social Collaboration“ oder „Enterprise 2.0“ für die Beschäftigten bedeuten. Wie wirken sich neue Formen der Kommunikation auf Arbeitsbedingungen und Anforderungen aus? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die betriebliche Mitbestimmung? Diese Fragen hat Dr. Tanja Carstensen, Soziologin an der Ludwig-Maximilians-Universität München, auf Basis einer Online-Befragung mit mehr als 500 Teilnehmern und ausführlicheren Interviews mit Beschäftigten und Betriebsräten untersucht.

Ein Ergebnis der von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie: Für manche



Die Nutzung sozialer Netzwerke gehört immer mehr zum Alltag in der Arbeitswelt: Facebook-Seite der Hans-Böckler-Stiftung.

erweisen sich Social Media als das passende Werkzeug, um sich mit Kollegen zu vernetzen.

ARBEITSERLEICHTERUNG ODER NEUE TÄTIGKEITSFELDER?

Viele empfinden diese Form der Kommunikation allerdings als Belastung, erkennen nicht unbedingt einen Mehrwert oder fühlen sich nicht gut genug vorbereitet. Hier zeige sich die Ambivalenz von Technik: einerseits Arbeit zu erleichtern, den Beschäftigten aber andererseits neue Tätigkeiten abzufordern, so die Forscherin.

Der Studie zufolge können soziale Netzwerke

- Mehrarbeit bedeuten und den sowie so schon hohen Termin- und Leistungsdruck weiter erhöhen; anstatt andere Kanäle wie E-Mail zu ersetzen, kommen Social Media meist noch hinzu,

- ständige Unterbrechungen während der Arbeitszeit verursachen und die Anforderungen an Multitasking erhöhen,

- zu einer Entgrenzung der Arbeitszeiten führen - zum Beispiel aufgrund permanenter Erreichbarkeit,

- zu Selbstausbeutung und psychischen Belastungen führen, da die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen verschwinden,

- eine kleinteilige Zerlegung und Aufteilung von Tätigkeiten auf mehrere Personen ermöglichen; letztlich könnten Aufgaben dadurch leichter an eine anonyme Masse von Crowd Workern („Klickarbei-

tern“) im Internet ausgelagert werden,

- von Arbeitgebern zur Leistungs- und Verhaltenskontrolle genutzt werden; theoretisch können unbemerkt und überall Daten über das Nutzerverhalten aufgezeichnet werden,

- die Belegschaft in Nutzer und Nichtnutzer von Social Media spalten. Während die Nutzer der Netzwerke enger zusammenrücken, könnten andere abgehängt werden - insbesondere für ältere Beschäftigte kann dieser sogenannte „Digital Divide“ ein Problem darstellen.

MEHR ALS EIN TECHNIKTHEMA

Die Untersuchung von Carstensen zeigt, dass es um weit mehr als nur ein Technikthema geht: Soziale Netzwerke seien „ein Baustein der grundlegenden Veränderungen von Erwerbsarbeit“, im Zuge deren von jedem Einzelnen mehr Selbstdisziplin, Flexibilität und Transparenz erwartet werden.

Auch wenn sich viele Nutzer von sozialen Netzwerken nicht reglementieren lassen wollen, so die Autorin, müssten Betriebs- und Personalräte zum Schutz der Mitarbeiter eingreifen. Für eine Reihe von Fragen biete das Betriebsverfassungsgesetz eine gute Grundlage, etwa bei der Einführung von technischen Einrichtungen, die dazu geeignet sind, Beschäftigte zu überwachen.

Gleichwohl sei die Umsetzung in der Praxis nicht immer ganz einfach: „Auf der einen Seite müssen die Mitbestimmungsgremien diejenigen Mitarbeiter, die Social Media ablehnen - sei es aus Datenschutzgründen, aus Arbeitsüberlastung oder aus Scheu -, bis zu einem gewissen Grad schützen“, so Carstensen. „Andererseits muss den Mitarbeitern, die gern mit neuen Medien arbeiten möchten und für die diese Arbeitserleichterung, Wertschätzung und motivierende Arbeitsumgebung darstellen, diese Arbeitsweise ermöglicht werden.“

PM HBS □

➡ Tanja Carstensen: Social Media in der Arbeitswelt. Herausforderungen für Beschäftigte und Mitbestimmung, Bielefeld 2016

➡ Arbeit und Gesellschaft 4.0: Mitbestimmen, Mitgestalten! ist der Titel des Digitalisierungskongresses von Hans-Böckler-Stiftung und ver.di am 17. und 18. Oktober in Berlin. Das komplette Programm finden Sie hier: [http://boeckler.de/veranstaltung\\_digitalisierungskongress-hbs-verdi-2016.htm](http://boeckler.de/veranstaltung_digitalisierungskongress-hbs-verdi-2016.htm).

Sachbuch:

# „Ein unehrliches Versprechen“

## Eine Streitschrift zur Volksgesetzgebung

„Eine Streitschrift“ verspricht der Untertitel des Buches „Der Irrweg der Volksgesetzgebung“ von Franz Decker, das jetzt im Bonner Dietz-Verlag erschienen ist. Und tatsächlich bezieht der Politikwissenschaftler gleich zu Anfang eindeutig Position: „Der Verfasser ist nämlich überzeugt, dass die Volksgesetzgebung ein unehrliches Versprechen abgibt, das auf der Bundesebene noch weniger einlösbar sein dürfte als in den Ländern.“

In den Bundesländern gibt es inzwischen etliche Erfahrungen mit direkter Demokratie, auf Bundesebene wird die Einführung in verschiedenen Parteien diskutiert, zuletzt in der CSU. Decker, Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, nimmt die Forderungen nach Ausweitung der direkten Demokratie und einer Einführung von Plebisziten auf Bundesebene zum Anlass seiner Analyse.

Decker erläutert den spezifisch deutschen, historisch gewachsenen Umgang mit direkter Demokratie, die Balance zwischen dem Verfassungsstaat, der den Machtmissbrauch innerhalb der Demokratie verhindert, und der Volkssouveränität.

Plebiszitäre Elemente können ein demokratisches Regierungssystem ergänzen, müssen es aber nicht. „Wer sie neu einführen will, muss deshalb den Nachweis



Frank Decker  
Der Irrweg der  
Volksgesetzgebung  
Eine  
Streitschrift

184 Seiten  
Broschur  
16,90 Euro  
Verlag J.H.W.  
Dietz Nachf.  
ISBN 978-3-  
8012-0469-3

September  
2016

führen, dass sie in das System hineinpassen und ihnen ein demokratischer Mehrwert innewohnt“, so Decker. Plebiszite dürfen nicht nur symbolische Funktionen erfüllen, sondern müssen echte politische Wirkung haben.

Decker beleuchtet die direktdemokratischen Elemente in anderen Ländern und erörtert die demokratietheoretischen Fragen, etwa die Verbindlichkeit von volksbeschlossenen Gesetzen, die Möglichkeit ihrer Überprüfbarkeit und die Rolle des Verfassungsgerichts, die Frage von Quoren und demokratischer Legitimität.

Gängige Gegenargumente gegen Volksentscheide wie die Frage, wie vernunftge-

leitet dabei Entscheidungen getroffen werden, lässt Decker nicht gelten. Auch der Einwand der politischen Linken, bei Volksentscheiden würden sich eine soziale Selektivität zeigen, wischt Decker beiseite. Beides wäre bei normalen Wahlen nicht anders. Auch dass damit dem Populismus Tür und Tor geöffnet würde, glaubt der Autor nicht. Der könne sich im Rahmen des Parteienwettbewerbs womöglich noch viel ungehinderter entfalten.

Für Decker ist ein Konfliktherd bei der Einführung von Volksgesetzgebung auf Bundesebene vor allem der potenziell größere Anwendungsbereich, der wichtigere Materien betreffen würde als auf Länderebene. „Als Korrektiv kämen die Volksrechte allenfalls bei einer zahlenmäßig zu schwachen Opposition in Betracht“, so Decker. Ungelöst bleibt seiner Einschätzung nach die Frage einer angemessenen Beteiligung der Länder im Volksgesetzgebungsverfahren. Bisherige Vorschläge zur Länderbeteiligung hält er für Scheinlösungen. Denkbar wären allerdings andere Verfahren zur Ergänzung, etwa obligatorische Verfassungsreferenden, die dann auch bei der Übertragung von Souveränitätsrechten an die EU durchgeführt werden müssten. Ein weiterer Weg könnte ein „Entscheidungsreferendum“ sein, auslösbar vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit und Zustimmung des Bundesrates. **U. H. □**

Studien:

## Veränderte Einstellungen

### „Mitte-Studie“ und Jugendstudie: Aktuelle Untersuchungen der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Politische Einstellungen in Deutschland beschreiben zwei aktuelle Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung, die im Oktober und November im Bonner Dietz-Verlag erscheinen: eine aktuelle Jugendstudie und die neue Auflage der Untersuchung über rechtsextreme Einstellungen in Deutschland.**

Unter dem Titel „Gesplante Mitte – Feindselige Zustände“ hat die Friedrich-Ebert-Stiftung zum sechsten Mal ihre „Mitte-Studie“ aktualisiert. Ergebnis: „Die Leitbilder, an denen sich Menschen im Jahr 2016 orientieren, klaffen immer weiter auseinander. Hass, Abschottung und Gewalt stehen Solidarität und zivilgesellschaftlichem Engagement für die Integration von Geflüchteten und Asylsuchenden gegenüber. Teile der Mitte haben sich radikalisiert, sind gewaltbereit und äußern unverhohlenen rechtsextreme Meinungen.“ Grundlage ist eine repräsentative Erhe-

bung des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Schwerpunkte sind diesmal die Wahrnehmung von Flucht und Migration, Gewaltbilligung und -bereitschaft, rechtspopulistische Einstellungen, die Akzeptanz oder Zurückweisung kultureller Vielfalt sowie das Ausmaß von Demokratiemisstrauen. Neben der langfristigen Entwicklung rechtsextremer Einstellungen wird auch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Langzeitvergleich abgebildet.

Wie, wo und warum engagieren sich Jugendliche heute politisch? Wie sehen sie die Parteien? Sind sie bereit, einer Partei beizutreten? Und wenn ja, welche Jugendlichen sind das? In über 2.000 quantitativen und qualitativen Interviews findet die aktuelle Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung Antworten. Auf solider Datengrundlage widmet sich die Studie dem po-

litischen Interesse und der politischen Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener. Dabei werden Herkunft, Alter und Bildung, aber auch die Geschlechter-(un)gleichheit in den Blick genommen und in Bezug zum Engagement von Jugendlichen in den europäischen Nachbarländern gesetzt. Schließlich bewerten die Autorinnen und Autoren die Studienergebnisse unter den demokratietheoretischen Fragestellungen einer „guten Gesellschaft“ und sozialen Demokratie. **PM □**

*Gesplante Mitte – Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, ca. 144 Seiten, Broschur, ca. 9,90 Euro, ISBN 978-3-8012-0488-4, lieferbar ab Nov. 2016*  
*Wolfgang Gaiser / Stefanie Hanke / Kerstin Ott (Hg.), jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen, Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, 200 Seiten, Broschur, 14,90 Euro, ISBN 978-3-8012-0491-4, Erscheinungstermin: Oktober 2016*



Sachbuch:

# Weltkanzler im Einsatz

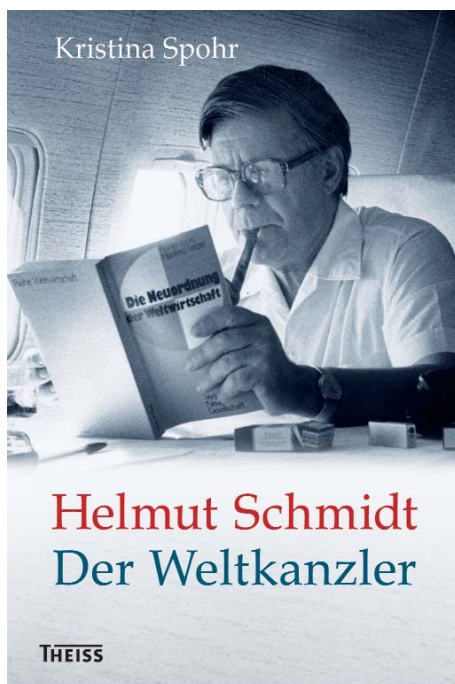
## Kristina Spohrs Blick auf die Wirtschafts- und Verteidigungspolitik Helmut Schmidts

Er hat selbst zahlreiche Bücher geschrieben, politisch-wissenschaftliche etwa zur Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik, aber auch persönliche, in denen er eine Bilanz seiner Arbeit zieht oder die Begegnung mit Weggefährten schildert. Aber es gibt auch zahlreiche Veröffentlichungen über Helmut Schmidt, Biographien wie die von Hans-Joachim Noack aus dem Jahre 2008, die zweibändige Lebensbeschreibung von Hartmut Soell aus den Jahren 2003 und 2008 oder der 2015 erschienene Band von Gunter Hofmann „Helmut Schmidt – Soldat, Kanzler, Ikone.“ Kristina Spohr hat jetzt unter dem Titel „Helmut Schmidt - Der Weltkanzler“ einen Band vorgelegt, der einen ganz speziellen Ausschnitt seines Lebens und Wirkens in den Mittelpunkt stellt.

Kristina Spohr, die als Associate Professor Internationale Geschichte an der London School of Economics lehrt, hat zwei längere Gespräche mit Helmut Schmidt führen können, sie hat Einblick in sein privates Archiv bekommen und zahlreiche Dokumente in den Archiven der Hauptstädte eingesehen. Die Deutsch-Finnin, die nach dem Studium ein Jahr lang im NATO Secretary General's Private Office Brüssel gearbeitet hatte, hat sich intensiv mit der deutschen Außenpolitik nach 1945 und der Rolle von Gipfeltreffen in der Überwindung des Kalten Krieges befasst. Und dabei spielte Helmut Schmidt in seiner Zeit als Bundeskanzler eine entscheidende Rolle.

Die Autorin setzt ihr Bild vom „Weltkanzler“ gegen das weit verbreitete Bild des von seiner Partei wenig geliebten Pragmatikers, der auf den Visionär Brandt folgte. Sie will Schmidt als „konzeptionellen Denker“ präsentieren und konzentriert sich dabei im Wesentlichen auf den Ausschnitt der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik, mit der Helmut Schmidt im Kreis der Großmächte eine Führungsrolle übernahm.

In beiden Gebieten hatte sich Schmidt bereits lange vor seiner Kanzlerschaft den Ruf eines Experten erworben. Dazu trug die Veröffentlichung seines Buches „Verteidigung oder Vergeltung“ im Januar 1961 bei, in dem der SPD-Bundestagsabgeordnete aus deutscher Sicht auf die NATO-Politik blickte. „Ein Krieg in Europa“, so zitiert Kristina Spohr Helmut Schmidt, „würde von Deutschland sicherlich nur wenig übrig lassen - insbesondere angesichts der derzeitigen NATO-Strategie.“ Schmidt, der



Spohr, Kristina, Helmut Schmidt Der Weltkanzler, aus dem Engl. von Werner Roller, 2016, 384 S. mit 29 s/w Abb., Bibliogr. u. Reg., Theiss, Darmstadt. ISBN: 9783806234046, 29,95 Euro

den Zweiten Weltkrieg in Russland erlebt hatte und zum Verteidigungsexperten seiner Fraktion aufgestiegen war, setzte sich für eine glaubwürdige Abschreckung ein, für die seiner Ansicht nach nicht die Drohung mit einem massiven Vergeltungsschlag durch strategische Atomstreitkräfte ausreichte, sondern auch ein Gleichgewicht zwischen Ost und West bei den konventionellen Waffen sorgen sollte.

Im November 1961 übernahm der Hamburger Bundestagsabgeordnete die Leitung der Polizeibehörde seiner Heimatstadt. Als Mitte Februar 1962 eine Sturmflut über Hamburg hereinbrach, organisierte der Senator Schmidt kurzerhand ohne große Rücksicht auf Zuständigkeiten den Katastropheneinsatz. Dass er neben der Hamburger Polizei und Feuerwehr auch Bundeswehr- und NATO-Soldaten in den Einsatz schickte, bescherte ihm auch außerhalb Deutschlands das Image des „Machers“.

Seine internationalen und über das eigene politische Lager hinausreichenden Freundschaften, etwa mit Henry Kissinger, aber auch eine eindrucksvolle private Autoreise in die Sowjetunion und sein Interesse an den Entwicklungen in Ländern wie China, das er allerdings erst als Bundeskanzler 1975 auf einer Reise selbst in Augenschein nehmen konnte, sorgten für ei-

ne erweiterte Sicht auf die Welt. Nach Brandts Rücktritt 1974 kam Schmidt, zuvor Verteidigungs- und Finanzminister, ins Amt des Bundeskanzlers.

Schmidts Sorge galt der Weltwirtschaft. Von ihm und dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing initiierte Gipfeltreffen der großen Industrienationen sollten für ein abgestimmtes Vorgehen sorgen. Noch heute finden die G7-Treffen regelmäßig statt. Er hob das Europäische Währungssystem aus der Taufe. Schmidt verschaffte in diesem Kreis nicht nur sich, sondern auch der Bundesrepublik internationale Anerkennung. Dass auch Willy Brandt wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen hatte, wird bei Kristina Spohr nicht weiter thematisiert.

In einer zweiten Phase von Schmidts Kanzlerschaft spielten Verteidigungs- und Abrüstungsfragen die wesentliche Rolle. Der Nato-Doppelbeschluss, die Androhung einer Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen im Falle eines Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen, ging wesentlich auf Schmidts Initiative zurück. Kristina Spohr beschreibt ihn dabei als einen der „frühen Architekten der Ostpolitik“, auch wenn er „weniger sentimental“ an das Thema herangehe.

An einigen Stellen ist die Sichtweise Kristina Spohrs eigenwillig. Nach der Wahl 1976 habe Schmidt die Gelegenheit genutzt, um Egon Bahr „bei der Kabinettsumbildung aus dem Amt des Ministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit auf den nicht mehr mit Kabinettrrang verbundenen Posten eines SPD-Bundesgeschäftsführers zu verschieben“, eine „Zurückstufung“, wie Spohr schreibt. Andere Quellen, bringen eher den scheidenden Bundesgeschäftsführer Holger Börner mit dem Vorschlag in Verbindung, Bahr an die Seite des ihm vertrauten SPD-Vorsitzenden Brandt zu stellen. Dort sieht ihn Spohr als „ständigen Quälgeist“, während es wohl auch darum ging, die friedensbewegte Partei zusammenzuhalten.

Mit der Konzentration auf wenige Politikfelder schärft Kristina Spohr den Blick auf den Einfluss Helmut Schmidts auf die Weltpolitik und rückt seine Verdienste zurecht. So habe etwa sein Nachfolger Helmut Kohl mit der Stationierung der Pershing II-Raketen die Glaubwürdigkeit der NATO gewahrt, aber im Grunde nur die von Helmut Schmidt vorgegebene Politik umgesetzt. Und sie macht die Leistung Schmidts als „Dolmetscher“ zwischen Ost und West in einer schwierigen Zeit des Kalten Kriegs deutlich. **U. H. □**

Zeitungsgeschichte:

# Kein Burgfrieden im Blatt

## Der „Vorwärts“ im Prozess der Parteispaltung 1916

Den „Vorwärts“ kennt man als Mitgliederzeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nach vielen Veränderungen im Sturm der Zeitläufe erscheint er derzeit zweimonatlich mit einer Auflage von etwa 450.000 Exemplaren für alle Mitglieder der Partei und weitere Abonnenten und ist ein Forum für die innerparteilichen Debatten.

Die aktuelle Krise der SPD spiegelt sich auch im „Vorwärts“ wider. Dabei begeht diese traditionsreichste Zeitung der deutschen Arbeiterbewegung jetzt ihren 140. Geburtstag: „Am 1. Oktober 1876 erblickt der „Vorwärts“ das Licht der Welt. Eine neue Zeitung braucht einen Namen. Sechs stehen zur Auswahl, als die 98 sozialdemokratischen Parteitage delegierten am späten Vormittag des 23. August 1876 in Gotha beraten: Entweder soll das Blatt „Vorwärts“ heißen oder aber „Der Socialist“, „Der Social-Demokrat“, „Der Arbeiter“, „Der Proletarier“, „Die Zukunft“. Der Hamburger Delegierte Rönnekamp meint, der Titel sei eigentlich nebensächlich. Hauptsache „ist größtmögliche Billigkeit, denn das Blatt soll in jede Hütte hineindringen“. Am Ende steht eine Mehrheit für die Kampf-Metapher „Vorwärts“. So heißt es in einem aktuellen Rückblick auf [www.vorwaerts.de](http://www.vorwaerts.de).

Dieser Beitrag möchte an ein Ereignis erinnern, dass sich inmitten des Ersten Weltkrieges, als der „Vorwärts“ gerade sein 40. Gründungsdatum feiern konnte, vollzog: Die Entlassung der Mehrheit seiner Redaktion durch den SPD-Parteivorstand, von der Opposition der „Vorwärts-Raub“ heftig bekämpft. Die Ursache für dieses administrative Personalkarussell lag im innerparteilichen Konflikt um die „Burgfriedenspolitik“ der Mehrheit in Parteivorstand und Reichstagsfraktion mit dem wilhelminischen Staat im Krieg.

**Der 4. August 1914 und der Kampf um die Richtung des „Vorwärts“ 1916.** Die Redaktionmehrheit des „Vorwärts“ gehörte am 4. August 1914, als der Reichstag über die Bewilligung der ersten Kriegskredite abstimmte, zu den Kritikern der Zustimmungserklärung der Fraktion. Heinrich Cunow, Rudolf Hilferding, Karl Leid, Ernst Däumig, Heinrich Ströbel und weitere Redakteure (John, Weber, Wermuth, Scholz) widersprachen der Fraktionsentscheidung und deren Gutheißung durch den Parteivorstand mit den Bemerkungen, „daß wir die Haltung der Fraktion für inkonsequent und in ihren Folgen für parteischädigend halten“. Die Sozialdemokratie übernehme „in der Fraktionserklärung eine gewisse



Vorwärts-Titelseite vom 25. März 1916.

Mitverantwortung für den Krieg...; eine Verantwortlichkeit, die sich in Zukunft schwer rächen kann“. Die Redakteure Nestriepke und Döscher lehnten die Mehrheitserklärung der Redaktion, die erst nach dem Krieg veröffentlicht wurde, ab. Arthur Stadthagen formulierte eine eigene Erklärung, da er als Reichstagsmitglied dem Fraktionszwang gefolgt war, und erläuterte seine vergeblichen Versuche, auf die Fraktionserklärung im Plenum im Sinne einer Kriegskritik einzuwirken.

Doch zog sich dieser Konflikt innerhalb der Partei komplett durch die „Vorwärts“-Redaktion, denn seit dem 24. März 1916 gehörte Arthur Stadthagen der von der Fraktionsmehrheit ausgeschlossenen „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) an, andere Redakteure lehnten die „Burgfriedenspolitik“ mit der Reichsregierung ab bzw. sympathisierten mit der SAG. Richard Fischer, Geschäftsführer der Vorwärts-Buchdruckerei, teilte der Redaktion mit, dass sie Erklärungen der SAG ab sofort nicht mehr an hervorragender Stelle platzieren dürfe. Die Redaktion verwahrte sich mit einem Protestbrief gegen diesen Eingriff in ihre redaktionelle Autonomie und die Drohung mit einer Präventivzensur. Hermann Müller, seit dem 1. April zum Zensensor eingesetzt, unterband die Veröffentlichung von Artikeln und Notizen der Opposition im Blatt. Zentralvorstand und Berliner Preßkommission reagierten im April 1916 mit Protestresolutionen. Am 15. April beschloss der Parteivorstand die Entlassung Ernst Meyers, der der Spartakusgruppe angehörte und in einem Flugblatt zur Beitragssperre aufgefordert hatte. Die Redaktion weigerte sich, diese Entlassung zu akzeptieren. Zwischenzeitlich loteten die beteiligten Seiten Kompromissmöglichkeiten aus, die jedoch im August 1916 scheiterten.

Nach monatelangen Auseinandersetzungen setzte die Parteiführungsmehrheit zum Handeln an. Nach dem erneuten Verbot des „Vorwärts“ durch die Militärbehörde im Oktober 1916 sicherte die Mehrheit dem Oberkommando die Einsetzung Hermann Müllers als Redaktionsbevollmächtigten zu. Stadthagen brachte das Verbot des „Vorwärts“ vor den Reichstag. Proteste des Groß-Berliner Zentralvorstandes vom 29.10.1916 ignorierend wurden umgehend Arthur Stadthagen, Karl Leid und Heinrich Ströbel entlassen, Ernst Däumig und andere Linke folgten bald. Am 31.10. äußerte Stadthagen dazu im Reichstag „unverblümt die Vermutung, das Verbot des „Vorwärts“ sei für die Behörden ein Mittel gewesen, der Mehrheit unter Ausnutzung des Belagerungszustandes in die Hand zu spielen“. Die entlassenen Redakteure strengten zivilrechtliche Prozesse um die Unwirksamkeit der Kündigung bzw. um die Fortzahlung der Gehälter an, die jedoch abschlägig beschieden wurden. Der Parteivorstand setzte neben Hermann Müller als Parteibeauftragten nun Friedrich Stampfer als Chefredakteur ein. Adolph Hoffmann und Georg Ledebour brachten auf der Groß-Berliner Generalversammlung am 29. Oktober eine einstimmig angenommene Resolution ein, worin die Parteigenossen im ganzen Reich aufgefordert wurden, keinem Teilnehmer oder Unterstützer des „Vorwärts-Raubes“ ein parlamentarisches Mandat oder ein Parteiamt zu gestatten. Die Grundkonstellation der Parteispaltung begann sich in Berlin zu verfestigen. Am 31. Oktober verwahrte sich Hugo Haase im Reichstag gegen Versuche Eberts, „das Abkommen, das er jetzt mit dem Oberkommando in der Angelegenheit des „Vorwärts“ getroffen hat“, mit Haases Einlassungen gegenüber dem Oberkommando zu begründen, die er noch als Parteivorsitzender 1915 getätigt habe. Kurz darauf rief der Groß-Berliner Zentralvorstand die Berliner Parteimitglieder zum Abonnement des „Mitteilungsblattes“ auf. Gleichzeitig begründeten Eugen Ernst, Otto Wels und andere Anhänger des Parteivorstandes den Verein „Vorwärts“ als Lese- und Diskussionsklub für Groß-Berlin.

Mit der Entlassung der kritikstarken Redaktionmehrheit gewann die gemäßigte Mehrheit in Fraktion und Partei die Kontrolle über das wichtigste politische Organ der Sozialdemokratie zurück. Die Minderheit der „SAG“ - in Berlin und Umgegend und in anderen Parteibezirken jedoch die Mehrheit - sah sich Stück für Stück aus der Partei heraus gedrängt. Auf das „Mitteilungsblatt“ als Organ angewiesen und zur Gründung eigenständiger Strukturen gezwungen schien es nur noch ein kurzer Weg zu sein, bis die stolze Sozialdemokratie sich spalten sollte. Das Jahr 1917 sollte die Entscheidung bringen.

Holger Czirich-Stahl □

# Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

## Forum Netzpolitik:

### Die Politik und die Macht der Algorithmen

**Das Forum Netzpolitik lädt am 19. Oktober zur einer Veranstaltung über die Macht der Algorithmen.**

Algorithmen spielen in unseren Leben eine immer entscheidendere Rolle. Sie bestimmen zunehmend Debatten über Technologie und Gesellschaft. Dabei ist vielen Akteuren gar nicht klar was sie eigentlich mit Algorithmen meinen. Deswegen will das Forum Netzpolitik der Berliner SPD sich nun politisch mit dem Thema Algorithmen befassen.

Als Referent kommt Ben Wagner vom Center for Internet and Human Rights. Er ist gerade dabei, für den Europarat einen Bericht über Menschenrechte und Algorithmen zu schreiben, anhand dessen das Thema diskutiert werden soll.

Erörtert werden soll, wo durch Algorithmen eine höhere Autonomie erlangt werden kann und wo auch politisch eingegriffen werden muss. Die Diskussion soll am Ende in einem Papier zu sozialdemokratischer Datenpolitik münden. **PM** □

➡ Algorithmen entscheiden, die Politik schaut zu? Mittwoch, 19. Oktober 19:00 - 21:00, Brut Berlin, Torstr. 68, 10119 Berlin

## August Bebel Institut:

### Gedenkstättenfahrt verschoben

**Aus terminlichen Gründen muss die für diesen Herbst geplante Gedenkstättenfahrt des August Bebel Instituts verschoben werden.**

Die Fahrt, die vom 17. bis 20. November nach Dachau und München führen sollte (siehe Berliner Stimme 20-2016), wird nun im zweiten Vierteljahr 2017 stattfinden. Interessentinnen und Interessenten können sich unter [anmeldung@august-bebel-institut.de](mailto:anmeldung@august-bebel-institut.de) für die Fahrt vormerken lassen. Der genaue Termin wird ihnen dann mitgeteilt. **BS** □



## T ERMIN E

■ 15.10.2016 10:00, Clara West, MdA Pankow, **Mobile Sprechstunde** an drei verschiedenen Orten im Wahlkreis: 10.00 - 11.00 Uhr vor dem Mühlenbergcenter, Greifswalder Str. 90, 10409 Berlin, 11.30 - 12.30 Uhr am Antonplatz, 13.00 - 14.00 Uhr vor den Schönhauser Allee Arcaden

■ 17.10.2016 14:00, SPD AG 60 plus Berlin, **Berlin hat gewählt: Sondierungsgespräche** und mögliche Koalitionen. Staatssekretär Boris Velter wird berichten. Kurt-Schumacher-Haus, Franz-Künstler-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 17.10.2016 16:30 - 19:00, **Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, Bürgersprechstunde**, Anmeldung bitte unter Tel. 030/568 21 111, Wahlkreisbüro Fritz Felgentreu, MdB, Lipschitzallee 70, 12353 Berlin

■ 18.10.2016 15:00, SPD AG 60 plus Spandau, **Wahlanalysen und Infos zur Seniorenbeiratswahl**, SPD Kreisbüro Spandau, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin

■ 18.10.2016 16:00, SPD AG 60 plus Charlottenburg-Wilmersdorf, **Nach der Wahl + Info zur Seniorenvertretung im Bezirk**, Referent: Holger Wuttig, Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

■ 18.10.2016 18:00, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, **Militanter Humanismus: Thomas Mann und Willy Brandt - Vortrag von Prof. Dr. Hans Rudolf Veget**. Der Germanist und ausgewiesene Thomas Mann-Kenner Veget wird den Werdegang der beiden ungleichen Söhne der Hansestadt Lübeck vergleichen. Die jeweilige Exilerfahrung - Mann in der Schweiz und den USA, Brandt in Norwegen und Schweden - bildete die Grundlage für beider Vorstellungen von Europa, die eine wenig beachtete Kontinuität der politischen Kultur Deutschlands in der Nachkriegszeit erkennen lassen. Um Anmeldung wird gebeten bis zum 17.10. unter info[at]willy-brandt.de oder 030/ 787 707-0.

■ 19.10.2016 17:00, SPD Fraktion im Bundestag, **Wie verhindern wir Terrorismus?** „Wie und warum wird ein junger Mensch aus Europa zum Terroristen?“ Von der Antwort auf diese Frage hängt ab, wie die Politik der terroristischen Bedrohung präventiv begegnen kann. Sie steht im Mittelpunkt des neuen Buches „Der Terror ist unter uns“ von Peter R. Neumann, das am 14. Oktober erscheint. Der Professor für Sicherheitsstudien am King's College London ist einer der weltweit profiliertesten Experten für Terrorismus und Radikalisierung. Für Neumann sind die ganz einfachen Antworten fast immer falsch. Radikalisierungsverläufe haben komplexe Ursachen, die wir verstehen müssen, um sie verhindern zu können. Aus seiner Analyse leitet Neumann konkrete Handlungsempfehlungen für den Umgang mit dem Terror in Politik, Medien und Zivilgesellschaft ab. Darüber

## Adolf Reichwein

Zu einer öffentlichen Präsentation der kommentierten Werkausgabe von Adolf Reichweins Schriften laden der Adolf-Reichwein-Verein e.V. und die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) des DIPF am Montag, 7. November 2016, um 14.00 Uhr im Museum Europäischer Kulturen, Staatliche Museen zu Berlin, „Arminiallee 25, 14195 Berlin. Adolf Reichwein (1898–1944) war Pädagoge, Volkskundler und Widerstandskämpfer und Sozialdemokrat. Anmeldung: balzer@dipf.de; Tel.: +49 (0) 30293360-14

spricht der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann, MdB mit Peter R. Neumann sowie mit Ahmad Mansour, Programmleiter der European Foundation for Democracy, bei der Diskussionsveranstaltung. Für die Teilnahme eine Anmeldung unter <http://www.spdfraktion.de/terrorpraevention> bis 17.10. erforderlich ist. Deutscher Bundestag, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Veranstaltungsfoyer Eingang: Adele-Schreiber-Krieger-Straße, 10117 Berlin

■ 19.10.2016 19:00, DL21 Forum Demokratische Linke, **Arbeitszeitverkürzung – der Weg zu mehr Gleichberechtigung?** Kurt-Schumacher-Haus, Galerie, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

■ 19.10.2016 19:30, Ole Kreins, MdA | Fachausschuss Mobilität, **Fachausschuss Mobilität - Wahl des Vorstands**, Abgeordnetenhaus, Raum 107, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 21.10.2016 11:00 - 12:00, **Ralf Wieland, MdA Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Behmstraße 11, 13357 Berlin

■ 25.10.2016 18:00, ASF Marzahn-Hellersdorf, **Auswertung der Wahlen**, Trattoria Rossini II Köpenicker Str. 25, 12683 Berlin, U-Bahnhof Elsterwerdaer Platz

■ 25.10.2016 19:00 - 21:00 Uhr, Fachausschuss Wirtschaft der Berliner SPD, **Sitzung mit Vorstandswahlen des FA VII**, Kurt-Schumacher-Haus, Franz-Künstler-Saal, Müllerstr. 163, 13353 Berlin-Wedding

■ 26.10.2016 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA Lichtenberg, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 28.10.2016 11:00 - 13:00, **SPD AG 60 plus, Infostand am Markt** Spandau, Moritzstraße Ecke Carl-Schurz-Straße, 13597 Berlin

■ 02.11.2016 18:00 - 19:00, Clara West, MdA Pankow, **Sozialrecht-Beratung in Pankow**, Wahlkreisbüro Dr. Clara West, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin

■ 02.11.2016 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Die Rolle der AfD und - wie weiter?** Ev. Gemeindehaus Dahlem, Thielallee 1-3, 14195 Berlin

■ 03.11.2016 18:00 - 19:00, **Frank Jahnke, MdA Charlottenburg, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ Alle Termine: [www.spd.berlin/termine](http://www.spd.berlin/termine)

## K REISBÜROS

Hier finden Sie die Kreisbüros der Berliner SPD mit den aktuellen Öffnungszeiten:

■ **Mitte**, Susanne Fischer, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Tel.: 4692 130/131, Fax: 4692 136. Sprechzeiten: Di 10 - 13 Uhr, Do 11 - 14 Uhr, Fr 10 - 13 Uhr und nach Vereinbarung. E-Mail: [mitte@spd-berlin.de](mailto:mitte@spd-berlin.de)

■ **Friedrichshain-Kreuzberg**, Yasemin Gürbüz, Peggy Hochstätter, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin, Tel.: 291 25 78, Fax: 2757 3660, Mo 09:30 - 15:00 Uhr, Di: 09:30 - 16:30 Uhr, Mi: 09:30 - 15:00 Uhr, Do: 09:30 - 14:30 Uhr, Fr: 09:00 - 13:30 Uhr, Mail: [kreis.friedrichshain-kreuzberg@spd.de](mailto:kreis.friedrichshain-kreuzberg@spd.de),

■ **Pankow**, Jens Peter Franke, Berliner Straße 30, 13189 Berlin, Tel.: 9620 9660, Fax: 9620 9661, Mo 10. - 13 und 15 - 17 Uhr; Di nach Vereinbarung, Mittwoch 15 -17 Uhr, E-Mail: [pankow@spd-berlin.de](mailto:pankow@spd-berlin.de)

■ **Charlottenburg-Wilmersdorf**, Isabel Herrmann, Otto-Suhr-Allee 100, Raum 125a, 10585 Berlin Tel.: 86313875, Fax: 86313876, Di 15 -17 Uhr, Mi und Do 10 - 12 Uhr, E-Mail: [Isabel.Herrmann@spd.de](mailto:Isabel.Herrmann@spd.de)

■ **Spandau**, Gabi Stern, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin, Tel.: 333 71 65, Fax: 333 98 67, Mo 12 18 Uhr, Do 10 - 16 Uhr, Freitag 12 - 16 Uhr, E-Mail: [Kreis.Spandau@spd.de](mailto:Kreis.Spandau@spd.de)

■ **Steglitz-Zehlendorf**, Mirjam Golm, Thaliaweg 15, 12249 Berlin Tel.: 7667 9854, Fax: 7667 9856, Mo, Mi u. Do 10 -13 Uhr, Fr 15 - 18 Uhr, E-Mail: [Steglitz-Zehlendorf@spd-berlin.de](mailto:Steglitz-Zehlendorf@spd-berlin.de)

■ **Tempelhof-Schöneberg**, Lena Heinze-Berg, Hauptstr. 100, 10827 Berlin, Tel.: 781 22 83, Fax: 7800 1217, Mo 10 bis 13 Uhr, Mi 11 bis 14 Uhr, Fr: 15 bis 18 Uhr, E-Mail: [Lena.Heinze@spd.de](mailto:Lena.Heinze@spd.de)

■ **Neukölln**, Yvonne Opprower, Sonnenallee 124, 12045 Berlin, Tel.: 687 21 59, Fax: 686 80 82, Mo., Mi., Do. 14 -18 Uhr, Di im Kurt-Schumacher-Haus, E-Mail: [Yvonne.Opprower@spd.de](mailto:Yvonne.Opprower@spd.de)

■ **Treptow-Köpenick**, Gabi Schmitz, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin, Tel.: 657 24 54, Fax: 631 0775, Di 14-18 Uhr, Do 9 -12 Uhr und 13 -15 Uhr, Freitag 9 -12 Uhr sowie nach Vereinbarung., E-Mail: [treptow-koepenick@spd-berlin.de](mailto:treptow-koepenick@spd-berlin.de)

■ **Marzahn-Hellersdorf**, Paul Kneffel, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Tel.: 9940 1015, Fax: 9940 1016, Mo 10 - 14 Uhr, Di 14 - 18, Mi 10 bis 14 Uhr, Do 10 bis 14 Uhr, E-Mail: [Kreis.Marzahn-Hellersdorf@spd.de](mailto:Kreis.Marzahn-Hellersdorf@spd.de)

■ **Lichtenberg**, Andreas Büchner, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Tel.: 9760 6730, Fax: 9760 4664, Mo 15. -18 Uhr, Do 10 -14.30 Uhr, E-Mail: [Andreas.Buechner@spd.de](mailto:Andreas.Buechner@spd.de),

■ **Reinickendorf**, Petra Wolf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Tel.: 411 70 36, Fax: 414 67 27, Mo 14 - 18 Uhr, Do 10 - 13 Uhr, Fr 10 - 15 Uhr, E-Mail: [kreis.reinickendorf@spd.de](mailto:kreis.reinickendorf@spd.de)

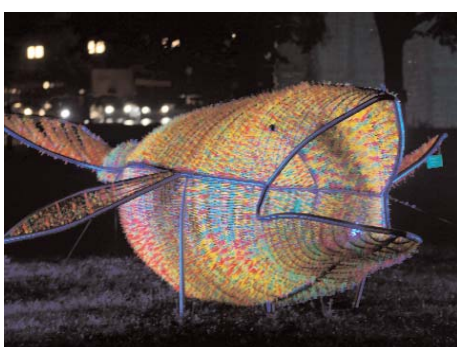
## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.



Geschichts-Projektion mit dem Porträt von Ernst Reuter am Leipziger Platz beim Lichterfest 2016. Foto: Ulrich Horb



Ein leuchtender Fisch begrüßt die Besucherinnen und Besucher am Ernst-Reuter-Platz. Foto: Ulrich Horb

## KULTURTIPPS

„Zeitgenossen“. Am 10. November 2016 lädt das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie um 19 Uhr zur Finissage der Ausstellung „Zeitgenossen“ mit Grafiken von Hans Scheib. Zu sehen sind in der Ausstellung zahlreiche mit kalter Nadel radierete Porträts bekannter Persönlichkeiten.

PM □

➔ Ausstellung Hans Scheib, 12. Oktober bis 10. November 2016, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Öffnungszeiten der Galerie: Mi, Do, Fr 16 - 18 h und nach tel. Absprache 030 883 7914 + 4692 150

Die Ausstellung „Habseligkeiten“ im Haus am Lützowplatz präsentiert eine Auswahl zeitgenössischer Stillleben-Fotografien, deren Spektrum von kunstvoll arrangierten Blumen- und Essensdarstellungen bis zur bedeutungsvoll inszenierten Abbildung eines Darkroom-Details reicht. Die Ausstellung vereint zeitgenössische Bilder mit großer Symbolkraft: einfühlsame Dokumentationen der Einsamkeit, Angst und Irritation, sorgsam vor der Linse komponiert.

➔ Haus am Lützowplatz, Lützowplatz 9, 10785 Berlin. Di-So, 11-18 Uhr

# Erleuchtete Stadt

Lichterfeste zeigen Berlins hellste Seiten

**Wenn es dunkel wird in der Stadt, gehen die Lichter an. Gut zwei Wochen lang leuchteten Berlins Wahrzeichen wieder in bunten Farben, und Zehntausende zogen abends durch die Straßen, um die Lichtinstallationen und Projektionen zu bewundern. An diesem Wochenende gibt es die letzte Gelegenheit, das Lichterspektakel zu erleben.**

Zwei Vereine sorgten auch 2016 dafür, dass zahlreiche Gebäude vor allem in der Innenstadt, angestrahlt wurden. 2004 begann die Geschichte mit einem Lichterlauf vom Kudamm nach Mitte, 2005 wurden beim Festival of Lights die ersten Gebäude angestrahlt, 2008 zählte der Veranstalter bereits mehr als eine Million Besucherinnen und Besucher an den 48 angestrahelten Schauplätzen. Ab 2012 entwickelten sich die Vorstellungen der Organisatoren in unterschiedliche Richtungen. 2013 gründete sich der Verein Berlin leuchtet e.V., der das Lichterfest stärker in der Stadtgesellschaft verankern wollte. Die Organisatoren rechnen mit mehr als zwei Millionen Besucherinnen und Besuchern.

Die Projektionen reichen vom kurzen Abriss der Berliner Geschichte am Leipziger

Platz bis zur Installation eines palästinensisch-libanesischen Künstlers am Potsdamer Platz, der die Flucht einer Familie thematisiert. Farbenfrohe Akzente gibt es am Berliner Dom, am Fernsehturm, am Stadthaus und am Bebelplatz zu bewundern. Erstmals geht das Festival in die Kieze, so ins Märkische Viertel oder ins Nikolaiviertel. **uh □**

➔ mehr: [www.berlin-leuchtet.com](http://www.berlin-leuchtet.com) und [www.festival-of-lights.de](http://www.festival-of-lights.de)

## „Europa unter Spannung“

Krimilesung im Roten Rathaus

**Für eine spannende Annäherung an Europa sorgt die Europabeauftragte des Landes Berlin, Staatssekretärin Hella Dunger-Löper. Am Donnerstag, dem 20. Oktober 2016, lädt sie um 19.00 Uhr zur Krimi-Lesung ins Rote Rathaus ein.**

„Europa unter Spannung“ heißt der Titel der Veranstaltung. Hella Dunger-Löper: „Mithilfe des Kriminalromans der französischen Schriftstellerin Fred Vargas ‚Das barmherzige Fallbeil‘ nähern wir uns dem

Thema Europa und zeigen, dass dies eine spannende Möglichkeit ist, sich mit Europa und seinen Eigenheiten und Besonderheiten zu beschäftigen.“

Zu Beginn werden europäisch-französische Gedanken zum Krimi vorgestellt. Aus dem Werk Fred Vargas liest der Schauspieler und Sprecher Francois Smeny. **PM □**

➔ Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich im Internet zur Veranstaltung unter [www.berlin.de/krimilesung](http://www.berlin.de/krimilesung) anmelden.